

Protokoll

22. Sitzung der Legislatur 2007/2011

Dienstag, 29. Juni 2010, 19.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz: Parlamentspräsidentin Claudia Zürcher, FDP

Anwesend Stadtparlament: 28 Mitglieder

Entschuldigt: Kaspar Hug, CVP/EVP

Anwesend Stadtrat: Martin Klöti, FDP, Veronika Merz, SP, Heidi Wiher-Egger, FDP,
Patrick Hug, CVP, Reto Stäheli, CVP

Protokoll: Evelyne Jung, Parlamentssekretärin

Traktanden

- 22/ 1. Mitteilungen
- 22/ 2. Berichte aus den Subkommissionen
- 22/ 3. Jahresbericht und Jahresrechnung 2009 der Stadt Arbon
Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung
- 22/ 4. Geschäftsreglement des Arboener Stadtparlaments
Art. 6 Abs. Ergänzung Bst. h und neu Abs. 2, Redaktionslesung
- 22/ 5. **Neue Dreifachsporthalle**
Bildung einer 5er Kommission
- 22/ 6. Ersatzwahl in die Einbürgerungskommission für Dieter Feuerle, SP und Gewerkschaften
- 22/ 7. Beantwortung Motion von Andrea Vonlanthen, SVP betreffend „Einführung von Sozialdetektiven“
- 22/ 8. Mündliche Zwischenberichterstattung von Stadträtin Veronika Merz bereffend Motion von Konrad Brühwiler, SVP „Erarbeiten von Grundlagen für die Videoüberwachung in der Stadt Arbon“
- 22/ 9. Fragerunde
- 22/ 10. Verschiedenes
 - Informationen aus dem Stadtrat

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder, Stadtratsmitglieder und Vertreter der Medien.

Ich begrüsse Sie und heisse sie zu unserer 22. Parlamentssitzung ganz herzlich willkommen.

T51, T52, T53 und T54 – hinter diesen Bezeichnungen verbergen sich keine geplanten Strassen, Umfahrungen oder Linienführungen, sie bezeichnen den Schweregrad der Behinderungen bei Querschnittsgelähmten. Am vergangenen Wochenende verfolgte ich einen Teil der Rollstuhlmeisterschaften in Arbon und erfuhr etwas mehr darüber. Hinter diesen Zahlen stehen also indirekt Menschen. Menschen, die mich tief beeindruckt haben und vieles auch relativiert. Mit ihnen freute ich mich über ihre Leistungen und war natürlich stolz auf das gute Abschneiden unserer Sportler. Es erfüllte mich aber auch einmal mehr mit Freude, zu sehen, wie viele engagierte Menschen sich für die Durchführung dieser Meisterschaften ins Zeug legten und was ein gut eingespieltes Team alles leisten kann.

Ein grosser Teil unserer heutigen Sitzung befasst sich ebenfalls mit Zahlen. Auch hinter diesen stehen oft Menschen, was es nicht einfacher macht. Beim Durchblättern des Jahresberichts fällt auf, dass das Ressort Finanzen gerade mal knapp eine Seite benötigt, währenddem das Ressort Soziales und Gesellschaft deren zehn. Vergessen wir nicht, dass Vertrauen und Wertschätzung, aber auch wohlmeinende Kritik diese Menschen ebenfalls zu „Höchstleistungen“ anspornen kann.

Namensaufruf

Es erfolgt der Appell durch die Parlamentssekretärin Evelyne Jung.

Es sind 28 Mitglieder anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Das absolute Mehr beträgt 15.

Aufgrund des Rücktrittes von Dieter Feuerle, SP und Gewerkschaften per 6 Juni 2010, besteht das Parlament momentan aus 29 Mitgliedern.

Entschuldigt für die heutige Parlamentssitzung hat sich Kaspar Hug, CVP/EVP-Fraktion.

Traktandenliste

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Ich stelle diese zur Diskussion.

Stadtammann Martin Klöti: Im Sinne eines Angebots stellt ihnen der Stadtrat einen Antrag auf ein Traktandum: Wahl einer Kommission für die Kreditvorlage der Dreifachturnhalle. Die Botschaft wird in diesem Sommer, spätestens Mitte August, vom Stadtrat fertig beraten und könnte damit einen Monat im Voraus schon in die Kommission gehen, wenn sie heute eine Kommission wählen würden. Sonst würden sie die Kommission am 14. September 2010 wählen. Hingegen so, hätten sie spätestens schon Mitte August die Botschaft in den Händen. Dies ist ein Angebot und ein Antrag, die Kommission heute zu wählen.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Ich stelle diesen Antrag zur Diskussion und Abstimmung. Wir schlagen vor, dass die Bildung einer Kommission für die Kreditvorlage als Traktandum 5 eingeschoben wird.

://: **Der Antrag auf Einschub eines neuen Traktandums wird grossmehrheitlich angenommen.**

Somit wird die Traktandenliste um ein neues Traktandum 5 ergänzt. Die nachfolgenden Traktanden verschieben sich demzufolge um eine Nummer.

Ich stelle die Traktandenliste weiter zur Diskussion.

Die Diskussion wird nicht gewünscht und somit ist die Traktandenliste genehmigt.

1. Mitteilungen

Unterlagen

Sie haben folgende Unterlagen erhalten:

Per A-Post:

Mit Versand 1 vom 8. Juni 2010

- Einladung mit Traktandenliste
- Überarbeiteter Voranschlag 2010

Mit Versand 2 vom 15. Juni 2010

- Kommissionsbericht FGK Jahresbericht und Jahresrechnung der Stadt Arbon
- Geschäftsreglement für das Arboner Stadtparlament – Fassung nach 2. Lesung
- Kommissionsbericht des Redaktionspräsidenten Riquet Heller
- Beantwortung Einfache Anfrage von Remo Bass, CVP
- Beantwortung Einfache Anfrage von Dieter Feuerle, SP und Gewerkschaften

Per E-Mail am 1. Juni 2010

- Parlamentsprotokoll der 20. Sitzung vom 11. Mai 2010 haben sie per E-Mail am 1. Juni 2010 erhalten. Das Protokoll wurde vom Parlamentsbüro genehmigt und ist seit dem 15. Juni 2010 im Internet abrufbar.

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro

- Parlamentarische Vorstösse:

An der heutigen Sitzung ist eine Motion eingegangen von Roland Schöni, SVP betreffend „Verkehrs- und Parkplatzkonzept rund um das Schwimmbad Arbon“ und geht nun in Zirkulation.

Gemäss Art. 12 Einbürgerungsreglement besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Ich bitte Andrea Vonlanthen, Präsident der Einbürgerungskommission, um Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission.

Präsident Einbürgerungskommission Andrea Vonlanthen: Die Einbürgerungskommission hat seit der letzten Parlamentssitzung einmal getagt. Sie hat sich dabei von Giacun Valaulta, Leiter kantonales Amt für Handelsregister und Zivilstandswesen über die Arbeit seines Amtes und der kantonalen Justizkommission informieren lassen und wichtige grundsätzliche Fragen diskutiert. Daneben konnte erstmals in der Geschichte der EBK das Gesuch einer Schweizerfamilie um das Bürgerrecht der Stadt Arbon behandelt werden.

1. Ins Bürgerrecht der Stadt Arbon aufgenommen (Sitzungen EBK vom 01.06.2010)

- Strässle Pascal, 1966, Bürger von Bütschwil SG
Strässle-Imhof Silvia, 1966, Bürgerin von Bütschwil SG und Uttwil TG
Strässle Nico, 1991, Bürger von Bütschwil SG
Strässle Marc, 1995, Bürger von Bütschwil SG

Im Namen der Einbürgerungskommission und des Parlaments beglückwünsche ich die Familie Strässle zu ihrem Schritt und zur Aufnahme ins Arboner Bürgerrecht und wünsche ihr künftig noch mehr Freude an der Mitgestaltung unseres Gemeinwesens und an der Entwicklung unserer Stadt. Auch hier bildet das Gemeindebürgerrecht die Voraussetzung für die Aufnahme ins

Kantonsbürgerrecht. Über die Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht entscheidet der Grosse Rat in den nächsten Monaten.

2. Zur Behandlung anstehende Gesuche
(Sitzung EBK vom 24.06.2010)

- Tolla Angela, 1969, italienische Staatsangehörige
- Bicanek Pavel, 1964, tschechischer Staatsangehöriger
- Hetemi Muhamed, 1961, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
- Vulovic Sara, 1993, österreichische Staatsangehörige
- Käppeli Adrian, 1977, Bürger von Merenschwand AG
- Käppeli Moana, 2009, Bürgerin von Merenschwand AG

Im Moment liegen noch 48 pendente Gesuche von 81 Personen vor. Zur Behandlung in der Einbürgerungskommission stehen aber nur noch 16 Gesuche von 25 Personen an, bei denen die eidgenössische Einbürgerungsbewilligung vorliegt. Alle anderen Gesuche befinden sich im Vorprüfungsverfahren, im Eidgenössischen Bewilligungsverfahren, oder sind vorerst zurückgestellt.

Aufschlussreich mag auch einmal ein Blick auf die Behandlungsfristen sein. Die Frist vom Eingang eines Gesuches bis zur Behandlung in der EBK konnte mit dem Abbau des grossen Pendenzberges halbiert werden und beträgt jetzt noch etwa ein Jahr. Dazu kommt die Wartefrist von einem halben Jahr bis zur Behandlung im grossen Rat. Eine weitere Information der EBK: Die EBK hat davon Kenntnis genommen, dass das kantonale Departement für Justiz und Sicherheit den Rekurs eines Lehrlings gegen einen Entscheid der EBK abgelehnt hat. Die Entscheidgebühr des Departements von Fr. 900.— hat der Rekurrent zu tragen. Die EBK hatte dessen Gesuch abgelehnt weil die Eltern des Gesuchstellers von der Sozialhilfe unterstützt werden und höhere Sozialschulden aufweisen. Sie sah damit die eigenständige Existenzgrundlage als nicht gegeben. Dabei stellte sich heraus, dass der Rekurs mit Hilfe der Abteilung für Soziales verfasst worden war. Die EBK zeigt sich erstaunt über diese rechtliche Unterstützung einer Verwaltungsabteilung gegen einen Entschluss der Parlamentskommission. Sie spricht die Hoffnung aus, dass die Abteilung Soziales künftig von Unterstützung dieser Art Abstand nimmt.

Max Gimmel, FDP/DKL: Ich muss etwas gestehen. Ich habe vergessen meine Motion beim Präsidium einzureichen, sie ist bereits in Zirkulation. Das ist ein grober Formfehler, den ich höchstens der Hitze dieses Sommers zuschreiben kann. Ich möchte dies nun nachholen. Die Motion konnte somit nicht angekündigt werden, sie ist aber bereits im Umlauf. Ich ziehe sie zurück und kann sie auch das nächste Mal wieder bringen, falls dies gewünscht wird.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Wir lassen darüber abstimmen ob die Motion weiter zirkulieren darf.

://: **Dem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt und die Motion kann weiter zirkulieren.**

2. Berichte aus den Subkommissionen:

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Die FGK wird uns in vier kurzen Zusammenfassungen aus der Arbeit der Subkommissionen berichten. Es handelt sich dabei um eine Information und soll uns einen vertieften Einblick in die Arbeit der FGK geben und somit zum allgemeinen Verständnis beitragen.

Silke Sutter Heer, FGK: Die FGK prüft nicht nur regelmässig Budget und Rechnung, sondern wie der Namen sagt, auch Geschäfte. Dies wurde jeweils in den vergangenen Jahren lediglich im Bericht zur Rechnung erwähnt. Damit diese Arbeit sichtbar wird, hat sich die FGK entschieden vier dieser Prüfungsthemen durch die jeweiligen Leiterinnen oder Leiter der Arbeitsgruppen vorstellen zu lassen. Die folgenden FGK Mitglieder werden ihnen nun die Resultate zu den Prüfungen präsentieren:

Roman Buff zur Einhaltung des Legislaturplans, Elisabeth Tobler zur Vergabepraxis der Stadt Arbon, Inge Abegglen zu den Pachtverträgen der Stadt Arbon und zum Jahresbericht der Energie Arbon AG. Die FGK wird in der kommenden Zeit weitere Prüfungen durchführen und die Resultate derselben

allenfalls in der heute gewählten Form vorstellen. Ich danke allen FGK-Mitgliedern für die geleistete Arbeit und bitte die Genannten, ihre Berichte vorzustellen.

Roman Buff, FGK: Die Kommission setzt sich zusammen aus mir der die Leitung hatte, Bernhard Bertelmann, Werner Keller und Elisabeth Tobler.

Ziel war, dass sich die FGK-Subkommission einen Überblick über den Zielerreichungsgrad der Legislaturziele bei Halbzeit der Legislatur 2007 – 2011 schaffen konnte.

Am 27.03.2009 wurde der Gesamtstadtrat für eine Sitzung bezüglich der Erreichung der Legislaturziele schriftlich eingeladen. Am 29.04.2009 kommunizierte der Stadtrat, dass er nach den Sommerferien Bilanz über die erste Hälfte der Legislaturperiode ziehen werde. Am 15.09.2009 erhielt die Subkommission vom Stadtrat umfangreiche Dokumente „Bewertung Legislaturziele und Massnahmen Legislatur 2007-2011“.

Die Subkommission traf sich zu einer Sitzung am 01.10.2009 zur Besprechung der Bewertung des Stadtrates und erstellte daraus einen Fragenkatalog für eine gemeinsame Sitzung mit dem Stadtrat. Diese fand am 30.11.2009 statt, nachdem der Stadtrat am 25.11.2009 einen länger geplanten stadtratsinternen Workshop betreffend Finanz-, Personal- und Geschäftscontrolling durchführte, wofür sich die FGK speziell interessierte.

Ergebnisse: Die Bewertung setzt sich aus folgenden Kapiteln zusammen:

1. Perspektive Soziales und Gesellschaftliches: Hier war der Zielerreichungsrad hoch, wenig zusätzlicher Informationsbedarf FGK:
2. Perspektive Wirtschaft und Standort Arbon: Hier war der Zielerreichungsgrad auf Kurs, Informationsbedarf der FGK wurde gut beantwortet und ist zum Teil vertraulich.
3. Perspektive Ressourcen und Mittel: Hier war der Zielerreichungsgrad noch im Hintertreffen, Massnahmen sind aber in Umsetzung: Die FGK interessierte sich hier insbesondere über das Finanz-, Geschäfts- und Ressourcencontrolling, was die Kommission als eindeutigen Schwachpunkt ortete. Der Stadtrat hat dies auch erkannt und die Umsetzung läuft: Das Finanz- und Personalcontrolling ist operativ installiert, indem ein monatliches Controlling besteht. Dies betrifft die Überwachung und Verwaltung. Neu wurden nun Massnahmen der steuernden und lenkenden Ressourcen- und Finanzplanung eingeführt, indem in der Stadtkanzlei personell seit ca. 2 Monaten Samuel Struhs in einem 70 Prozentpensum angestellt ist, der diese Geschäftskontrolle analysiert, plant und so die Stadtschreiberin unterstützt, damit die Geschäfte in Zukunft termin- und ressourcengerecht in den Stadtrat und danach allenfalls ins Parlament kommen. Somit sollen in Zukunft, besonders was die Geschäfte für das Parlament betrifft, keine „Hauruck-Übungen“ mehr vorkommen. Allerdings wird sich Samuel Struhs noch einarbeiten müssen. (zum damaligen Zeitpunkt)

Fazit: Der Zielerreichungsgrad ist gesamthaft gesehen gut. Der Stadtrat ist auf Kurs. Das Legislaturziel „Wir führen neben dem Finanz- und Personalcontrolling ein Geschäftscontrolling ein“ und „wir führen eine/ein Ressourcenplanung und –controlling für alle Projekte und Investitionen ein“, wurde bisher nur teilweise realisiert und ist neu nun in Umsetzung.

Weiteres Vorgehen: Die FGK-Subkommission will sich im Sommer 2010 informieren, wie der Umsetzungsstand des Controllings in der Stadtkanzlei operativ fortgeschritten ist.

Dieser Bericht wurde am 10. 12.2009 geschrieben.

Elisabeth Tobler, FGK: Ich hatte den Auftrag, zusammen mit Kaspar Hug, Werner Keller und Christine Schuhwerk die Vergabepraxis der Gemeinde Arbon zu überprüfen. Das war 2009, Februar und März, da hat sich in der Zwischenzeit einiges geändert, ich kann ihnen aber trotzdem berichten, wie wir das damals angetroffen haben. Am 13.02.2009 wurde die Subkommission an einer Sitzung durch Hermann Jordan und Roland Löw umfassend orientiert, wie die Vergabe von Aufträgen über die Bauverwaltung, also auf operativer Ebene erfolgt. Es wurde uns anhand von Beispielen der genaue Ablauf erläutert. Am 24.03.2009 fand eine Sitzung mit Martin Klöti und Reto Stäheli zum

gleichen Thema statt. Hier ging es vor allem darum, wie der Stadtrat als politisches Organ die Aufträge vergibt.

Ziel war es, Kenntnis zu erlangen, wie die Stadt die Aufträge handhabt

Ergebnis: Auf der operativer Ebene hält man sich grundsätzlich an den Leitfaden für öffentliche Aufträge vom Kanton. Es wird zudem eine Liste geführt, wer welchen Auftrag erhalten hat. Bei gleichem Angebot wird abgewechselt. Ein weiteres Kriterium für die Vergabe von städtischen Aufträgen ist auch, ob eine Firma Lehrlinge ausbildet, Referenzen werden eingeholt bei nicht bekannten Firmen. Für die Vergabe im Stadtrat sind ebenfalls massgebend die Referenzen, die Ausbildung von Lehrlingen und die Abwechslung bei gleichem Angebot mit Rücksicht auf die Liste, wer wie viel Auftragsvolumen hatte in den Vorjahren. Für die Auswahl der Architekten macht das Ressort Bau Vorschläge. Als Beispiel dazumal für das Friedhofsgärtnerhaus wurden neue Architekten eingeladen. Hier hat man die Vorlage für eine Renovation ins Parlament gebracht, weil man im Stadtrat überzeugt war, dass man nicht für mehr als zwanzig Jahre bauen sollte, also entschied man sich gegen einen Neubau. Es wurden auch Analysen gemacht für eine Standortevaluation der Sozialen Dienste. Für die Vergabe des Hafens ist Spezialwissen erforderlich, hier wurde auf Erfahrung in diesem Gebiet gesetzt. Es werden für andere Vergaben im Einladungsverfahren drei Offerten eingeholt. Dies betrifft auch Architekturaufträge, Studienaufträge oder Abklärungen sind hingegen frei, wenn sie unter Fr. 150'000.— sind. Für die Vergabe von Beratungsaufträgen sind die Kriterien Beziehungen, Empfehlung, wichtig. Hier hat der Stadtrat freie Hand. Der Bauverwalter hat die Kompetenz, Aufträge bis Fr. 5'000.— zu vergeben. Reto Stäheli als Ressortchef hat Kompetenz bis Fr. 20'000.—. Bei der freihändigen Vergabe (Lieferantenaufträge) unter Fr. 100'000.— wird jeweils eine Angebotsrunde gemacht. Von der FGK-Subkommission wurde nochmals darauf hingewiesen, dass es wünschenswert ist, dass Firmen im Kanton Thurgau berücksichtigt werden. Wir wurden informiert, dass dies so gemacht werde.

Fazit: Der kantonale Leitfaden für die Vergabe wird angewendet, für den Tief – und Hochbau sind klare Verfahrensschritte da. Bei Liefer- und Beratungsaufträgen unter Fr. 100'000.— nutzt der Stadtrat seinen Spielraum. Dort ist er völlig frei und kann nach Belieben vergeben.

Die Beispiele, die von der Bauverwaltung mitgeliefert wurden, sind hier. Wer sie einsehen will, kann sie nachher bei mir verlangen.

Inge Abegglen, FGK. Ich hatte mit einer Gruppe die Aufgabe, Miet- und Pachtverträge zu untersuchen. In der Gruppe waren Konrad Brühwiler, Kaspar Hug und ich als Vorsitzende in diesem Fall. Nachdem immer wieder Stimmen laut wurden, wonach die Stadt Arbon bei Miet- und Pachtverträgen nicht ganz korrekt verfahren würde, wollten wir dies genau wissen. Im Januar 2009 haben wir eine Überprüfung der Pachtverträge vorgenommen.

Es waren dies: Hafenkiosk, Schwimmbadkiosk, Panoramarestaurant im Seepark, Strandbadrestaurant, Kiosk Camping und der Auftrag für die Führung des Campingplatzes. Bei allen Verträgen konnten wir feststellen, dass der Mustervertrag der Gastrouisse für die Miet- und Pachtverträge zugrunde liegt und die ausgestellten Miet- und Pachtverträge den gesetzlichen Vorschriften entsprechen.

Zu einer weiteren Aufgabe, die mir aufgetragen wurde: Es stellte sich die Frage, wofür erhält die Stadt Arbon von der Arbon Energie AG Fr. 300'000.— jährlich und werden diese der Teuerung angepasst? Ich habe den Jahresbericht der Arbon Energie AG zur Hand genommen, habe auch noch ein Gespräch geführt mit einem Vorstandsmitglied der Arbon Energie AG und kann nun folgendes mitteilen:

Das Aktienkapital der Arbon Energie AG von 5 Mio. Franken besteht aus 5000 voll libierten Namenaktien mit einem Nennwert von je Fr. 1000.—. Mit Ausnahme der Pflichtaktien der Verwaltungsräte besitzt die Stadt Arbon das gesamte Aktienkapital.

Die Arbon Energie erbringt unter verschiedenen Titeln direkte und indirekte Leistungen an die Stadt:

- Konzessionsgebühren Fr. 150'000.—: Davon Fr 100'000.— für die Elektrizitäts- und Fr. 50'000.— für die Wasserversorgung (ohne Wasserversorgung Stachen).

- Beteiligung Energieberatungsstelle Fr. 25'000.— Auf ein Gesuch der Stadt hin beteiligt sich neu die Arbon Energie mit Fr. 25'000.— an den Kosten der Energieberatungsstelle.

- Konzession öffentliche Beleuchtung Fr. 276'230.— Die Kosten der öffentlichen Beleuchtung für Strom und Unterhalt wird als eine Konzessionsabgabe betrachtet.

- Aufwand für Veranstaltungen mit gemeinwirtschaftlichem Charakter Fr. 91'709.—.

- Die vorgeschlagene Dividende von 6 Prozent auf dem Aktienkapital der Arbon Energie AG, Fr. 300'000.—, die uns zu dieser Überprüfung überhaupt veranlassten. Die Dividende aus dem Aktienkapital ergibt sich seit zehn Jahren, als das EW in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde. Damals wurde eine 6-prozentige Ausschüttung festgelegt und man hat sie bis heute nicht verändert.

Insgesamt hat die Stadt Arbon 2009 Fr. 842'939.— erhalten, sowie indirekte Leistungen für Wasserlieferungen für öffentliche Brunnen, Strassenreinigung und die Feuerwehr. Die Stadt Arbon erhält aus ihrem Aktienkapital von 5 Mio. Franken 6 Prozent Dividende. Das entspricht einem Betrag von Fr. 300'000.—. Die Dividende ist nicht der Teuerung angepasst. Sie könnte sich eher am aktuellen Zinsniveau orientieren. Da die Arbon Energie AG finanziell gut da steht, kann man davon ausgehen, dass sich dies in Zukunft auch nicht ändern wird.

Des Weiteren möchte ich erwähnen, dass der Geschäftsbericht der Arbon Energie AG dieses Jahr erstmals auch uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier zugeschickt wurde. Dafür sagen wir Danke, verbunden mit der Bitte, dass es so beibehalten bleibt, denn auch für uns ist er von grossem Interesse.

3. Jahresbericht und Jahresrechnung 2009 der Stadt Arbon

- Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Der Stadtrat hat am 29. März 2010 den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2009 verabschiedet. Diese liegen nun zur Genehmigung vor.

Der Stadtrat stellt folgende Anträge:

1. Der Jahresbericht 2009 sei zu genehmigen.
2. Die Jahresrechnung 2009, bestehend aus der Bestandesrechnung und der Verwaltungsrechnung (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung), sei zu genehmigen.
3. Der Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung 2009 von Fr. 2'220'601.08 sei dem Eigenkapital zu belasten.

Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission empfiehlt ihnen einstimmig, den Antrag des Stadtrates zu genehmigen.

Wir kommen zum Eintreten. Ich erinnere sie daran, dass das Eintreten obligatorisch ist. Ich übergebe das Wort Silke Sutter Heer, Präsidentin der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK).

Silke Sutter Heer, FDK: Die Rechnung 2009 macht zu einem deutlich, was für tiefe Spuren die Wirtschaftskrise in der Arboner Kasse hinterlassen hat. Zum anderen, wie schnell solche Prozesse in der heutigen Zeit ablaufen können. Statt dem budgetierten Defizit von rund Fr. 550'000.— resultierte ein Aufwandüberschuss von rund 2,2 Mio. Franken. Der Hauptgrund für diese Abweichung liegt in den wesentlich tieferen Steuereinnahmen bei den juristischen Personen. Während diese insgesamt rund 2 Mio. Franken tiefer liegen als budgetiert, waren auf der anderen Seite die Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen um rund Fr. 243'000.— höher als angenommen. Die fetten Jahre sind nun wohl tatsächlich vorbei, schneller als uns allen lieb ist. Die RPK hat uns die Berichte vorgelegt, wobei der eine mir noch immer fehlt. Ich habe diesen noch immer nicht erhalten, gehe aber davon

aus, dass er noch kommen wird. Sie empfiehlt aber, wir haben dies daraus entnehmen können, weil Inge Abegglen bei dieser RPK-Schlussitzung dabei war, nach ihren Prüfungsergebnissen, die Jahresrechnung ebenfalls zur Genehmigung.

Die FGK blickt auf ein Prüfungsjahr ohne besondere Vorkommnisse zurück. Ich möchte sie in diesem Zusammenhang auf den schriftlichen Bericht verweisen und auf die vorhin gehörten Berichte aus den Subkommissionen.

Zum Jahresbericht 2009, der wiederum sehr detailliert und aufschlussreich war, möchte ich vorab folgende allgemeine Bemerkungen machen:

Zum Personalwesen sind lediglich drei Statistiken im Jahresbericht aufgeführt. Ich verweise sie auf Seite 13. Die FGK kommt zum Schluss, dass diese Statistiken zu wenig kommentiert sind. So fehlt es zum Beispiel an einer Begründung für die 16 Austritte oder für den Stellenausbau von 600 Prozent. Es kann diesen auch nicht entnommen werden, wie das Arbeitsklima der Stadt Arbon ist, was für Massnahmen in Bezug auf das Personal umgesetzt wurden und wie dieses gefördert wird. Zudem fehlt im Bericht ein Kommentar zum Stand der Reorganisation der Bauverwaltung, obwohl hierfür im Jahr 2009 noch rund Fr. 90'000.— angefallen und somit ausgegeben worden sind. Die Gesamtkosten der externen Beratungsfirma haben sich auf Fr. 188'000.— belaufen. Diese Kosten sind aussergewöhnlich, wie auch der Anlass als solcher und hätten damit einer fundierten Begründung bedurft.

Im Jahr 2009 musste die Stadt Arbon neu ein kurzfristiges Darlehen von 4 Mio. Franken aufnehmen. Zwei alte Darlehensverträge über je 3 Mio. Franken liefen aus und es konnten neue Verträge mit deutlich tieferen Schuldzinsen abgeschlossen werden (Bestandesrechnung Konto Nr. 2010 und 2021). Aufgrund der tieferen Schuldzinsen ist die Zinsbelastung insgesamt tiefer als im letzten Jahr.

Dann noch eine allgemeine Bemerkung zum Feuerwehrdepot, Bauabrechnung, das betrifft Seite 24 des Berichtes. Am 6. Oktober wurde eine Delegation der FGK über die Schlussabrechnung zum Erweiterungsbau des Feuerwehrdepots vom zuständigen Stadtrat Reto Stäheli informiert. Der Objektkredit wurde insgesamt um Fr. 114'995.35 überschritten, wobei energetische, betriebliche, unterhaltsbedingte und bauliche Mehrkosten von Fr. 228'600.— angefallen sind. Durch Minderkosten bei den budgetierten Ausgaben und Subventionen konnten die Kostenüberschreitungen jedoch tiefer gehalten werden. In den Mehrkosten sind auch die baulich bedingten enthalten, die eigentlich nicht aufgeführt hätten werden müssen. Von Seiten der FGK wird es mehrheitlich begrüßt, dass alle Mehrleistungen dargelegt wurden und diese damit transparent wurden für uns.

Zur Jahresrechnung 2009, auch Allgemeines: Die Stadt Arbon legt einen Rechnungsabschluss vor, der insgesamt um Fr. 1'670'836.— schlechter ausfällt als budgetiert. Die Laufende Rechnung weist einen Aufwandüberschuss von Fr. 2'220'061.— auf. Budgetiert war ein Aufwandüberschuss von Fr. 549'765.—. Massiv hat dabei mitgetragen die Steuereinnahmen bei den juristischen Personen, welche eingebrochen sind. Das war ein Teil des Gesamtresultats, das schlecht ausgefallen ist. Bei der Sozialen Wohlfahrt wurden die Ausgaben von rund 6. Mio. Franken budgetiert. Die Ausgaben wurden zwar um rund Fr. 130'000.— unterschritten, liegen aber doch Fr. 730'000.— höher als im Jahr 2008. Die Fallzahlen in der Sozialhilfe sind im Jahr 2009 erneut angestiegen. Eine Trendwende ist offenbar noch nicht in Sicht.

Von den budgetierten Investitionen von Fr. 5'797'000.— wurden im Jahr 2009 Fr. 4'769'465.— investiert. Betreffend die grösseren Abweichungen möchte ich auf den schriftlichen Bericht verweisen. Dort sind einige Beispiele aufgeführt.

Die Finanzkennzahlen haben sich gegenüber dem Vorjahr erwartungsgemäss verschlechtert. Die finanzielle Situation der Stadt Arbon kann insgesamt noch als befriedigend bezeichnet werden. Es ist aber deutlich darauf hinzuweisen, dass erstmals seit Jahren ein Defizit resultiert und daher die Darlehensschulden nicht weiter reduziert werden konnten. Für das Jahr 2009 beträgt die Nettoschuld pro Einwohner neu Fr. 840.66 gegenüber dem Vorjahr von Fr. 420.52. Es hat sich somit praktisch verdoppelt. Die Abschreibungslast pro Einwohner beträgt neu Fr. 1'313.32, das ist fast gleich viel wie im Vorjahr, da war sie noch Fr. 1'302.75. Der Nettozinsaufwand im Verhältnis zur

Fremdverschuldung beträgt 1,38 Prozent gegenüber letztes Jahr mit 1,44 Prozent. Die Steuerkraft pro Einwohner liegt 2009 mit Fr. 1'492.— gegenüber dem Vorjahr mit Fr. 1672.— wieder unter dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre, der Fr. 1'557.— betragen hat.

Die FGK beantragt ihnen einstimmig die Genehmigung des Jahresberichtes und der Jahresrechnung 2009.

Voten

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Wir schliessen das Eintreten ab und kommen zur Materiellen Beratung. In der materiellen Beratung werden wir zuerst den Jahresbericht beraten und darüber abstimmen, anschliessend die Jahresrechnung beraten und ebenfalls darüber abstimmen lassen.

Max Gimmel, FDP/DKL: Der Jahresbericht der Stadt Arbon muss eine vielfältige Aufgabe erfüllen, er ist nicht einfach blass Jahresrechnung mit endlosen Zahlen, er ist Bericht:

- Zum einen gibt er jedem Bürger die Möglichkeit, jedes einzelne Konto anzusehen. Das werden aber die Wenigsten effektiv wahrnehmen.
- Dann enthält der Bericht viele Informationen über das abgelaufene Jahr. Er wird zum Jahresbericht, zum Nachschlagwerk, das man, auch nach vielen Jahren, wieder hervorziehen kann um sich einen Einblick in die Vergangenheit zu verschaffen.
- Dann ist er aber auch Rechenschaftsbericht mit all den detaillierten Informationen. Der Jahresbericht ist aber auch ein interessantes Nachschlagwerk für Neuzüger und, wir hoffen, dass da noch viele nach Arbon kommen werden.

Im Grunde genommen muss uns der Jahresbericht ein Bild verschaffen, über die Situation, in der wir uns befinden, über die Entwicklung der Stadt. Der Jahresbericht muss aber auch zeitgemäß sein. Heute dürfen wir uns mit Recht fragen, kann er in der jetzigen Form diesem Anspruch noch genügen?

In unserer Stadt wird sehr viel bewegt. Damit das verstanden werden kann, braucht es Informationen. Die Aufgaben der Stadt werden immer komplexer, sie sind gekoppelt an Gesetze, an Verordnungen und an Zwänge, auch überregional. Zum Verständnis müssen diese bekannt sein und brauchen Erklärung.

Während vieler Jahre war der Jahresbericht eher ein Kontoauszug als ein Bericht. In der heutigen Form ist er zwar wesentlich erweitert, vielleicht schon gar zu detailliert, ohne dass damit die Aussage verbessert wird. Wir von der FDP/DKL sind der Ansicht, dass nun die Zeit gekommen ist, den Jahresbericht in einer zeitgemässen Form zu verfassen, wie es der Stadt Arbon heute auch zusteht. Dabei denken wir nicht an Hochglanz-Drucksachen, aufwendig gestaltet, sondern an ein zweckmässiges Dokument, das mit den heutigen EDV-Programmen mit vernünftigem Aufwand in Eigenregie der Stadt hergestellt werden kann. Es erscheint uns notwendig, dass vermehrt Entwicklungen dargestellt werden und nicht blass das Resultat des abgelaufenen Jahres.

Das abgelaufene Jahr gehört in der Folge zu der grössten Finanzkrise seit den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Diesem Umstand wird im Vorwort mit sieben Zeilen Rechnung getragen, die Konsequenz dessen ist aber eine Steuereinbusse von 2,4 Mio. Franken. Wenn dies ausserordentlich ist, sollte dies auch dargestellt werden, damit auch später die Entwicklung aus diesem Bericht nachvollzogen werden kann was passiert ist, damit aber auch heute die Gründe für das grosse Defizit glaubhaft erklärt sind.

Wir haben in unserer Fraktion den Bericht und die Jahresrechnung sorgfältig analysiert und können uns in allen Teilen der Beurteilung der FGK anschliessen. Wir möchten uns an dieser Stelle für die grosse Arbeit der FGK bedanken. Wir sind für Eintreten auf die Vorlage und werden in der materiellen Diskussion vor allem auf die Berichterstattung eingehen.

Konrad Brühwiler, SVP: Die Fraktion der SVP bedankt sich bei Stadtrat und Verwaltung für Jahresbericht, Jahresrechnung und Jahreskennzahlen.

„Klöti verordnet Fitnesskur“, dies war die Titelschlagzeile in Tagblatt vom 29. Oktober 2005, vier

Monate nach der Wahl und zwei Monate vor Amtsantritt des Herrn Stadtammann. Stellvertretend für die Baustelle Arbon packte er für den Fotografen die Schaufel mit beiden Händen, um im Schotter der Schäfigasse Positives zur bewirken. In diesem Interview sprach der zukünftige Stadtammann von einer schlicht überwältigenden konstruktiven Haltung des Stadtrates, allen voran von Vize Veronika Merz. Er versprach eine klar organisierte, schlanke Verwaltung mit logischer Verwaltungsstruktur, die auch von aussen sehr verständlich sein wird. Als Personalverantwortlicher stellte er sicher keine Erweiterung, sondern im Zuge der Abteilungsreorganisation eine geringfügige Reduktion des Personalsbestandes in Aussicht.

Alles Schnee von gestern? Mitnichten, aber in diesen viereinhalb Jahren hat sich einiges relativiert und es gibt sehr viel Positives zu berichten. Es ist dem Stadtrat unter der Führung des Stadtammannes zu verdanken, dass Arbon nach Monaten der Stagnation wieder eine Zukunft hat. Projekte konnten auch im letzten Jahr gewinnbringend realisiert werden. So zum Beispiel: Die gelungene Sanierung und Erweiterung des Schlosshafens, die Sanierung und Renaturierung der Aach, die Einführung des Ruf-Sammeltaxi und damit vorsichtige Förderung des öffentlichen Verkehrs, die Lancierung der Überbauung „Rosengarten“, der Volksentscheid zum „Kappeli“ und und... und...

Wichtigste Faktoren für diese Realisierungen waren, neben der seriösen Aufbereitung seitens der Exekutive, stets das gemeinsame Bekenntnis aller Parteien, hinter dem eingeschlagenen Weg stehen zu können. Dass dies nur mit sachlicher Diskussion und dem Respekt vor der anderen Meinung geschehen kann, gilt es auch heute vor Augen zu halten.

Doch wo Licht ist, ist auch Schatten: Denn sicher ist nicht alles so eingetroffen, wie es sich der Stadtammann vor viereinhalb Jahren gewünscht oder sich vorgestellt hat.

So entnehmen wir dem jüngsten Jahresbericht:

Personalbestand / Personalwesen / Personalrekrutierungskosten: Der Personalbestand ist auch im letzten Jahr erneut angestiegen. Sechzehn Austritte lassen Fragen aufkommen über Klima und Arbeitslast der Angestellten. Durch diese vielen Mutationen müssen ja spezifische Abteilungen unter dem völlig verloren gegangenen Know how leiden. Nicht immer scheint eine Trennung zwischen Stadt und Mitarbeiter im gegenseitigen Einvernehmen zu geschehen. Mit keinem Wort wird im Jahresbericht der Wechsel im Stadtrat Vizepräsidium von Veronika Merz zu Patrick Hug erwähnt. Die Transparenz im Personalwesen ist für uns nach wie vor unbefriedigend. Hinter all diesen Zusammenhängen befürchtet die SVP die Gefahr der Vernichtung und Verschleuderung von wichtigen Ressourcen. Wir erwarten im nächsten Jahresbericht, dass zu all diesen Themen ausführlicher Bericht erstattet wird als bisher.

Reorganisation / Externe Beratungen: Die Reorganisation der Bauverwaltung mit dieser kostspieligen externen Beratung kann und darf kein zweites Mal hingenommen werden. Wenn es jetzt nicht endlich greift und funktioniert, muss wirklich die Frage nach den Verantwortlichkeiten und Verantwortlichen gestellt werden. Doch auch in den anderen Bereichen bemängelt die SVP den nach wie vor starken Drang der Verantwortlichen zu externen Beratungen, externen Mediationen etc.

Controlling: Nach wie vor ungenügend erscheint uns das Controlling. Wir hoffen, dass mit der Reorganisation der Bauverwaltung auch dieses Instrument endlich greift.

Jahresrechnung: Die Zahlen kommen unerfreulich daher. Statt ein budgetiertes Minus von Fr. 550'000.— ein Defizit von 2,22 Mio. Franken vorzulegen, verlangt nach Erklärungen. Und die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Nach dem Rekordgewinn vom Vorjahr ein Rekordverlust im letzten Jahr. Sind die fetten Jahre schon vorbei? Doch Zahlen können bekanntlich auch täuschen. 2 Mio. Franken Mindereinnahmen bei den juristischen Personen sind laut Stadtrat Hauptursache der Schieflage. Die unerfreuliche Folge davon ist, dass dadurch die Hälfte des Eigenkapitals vernichtet wurde.

Die Finanzkennzahlen haben sich gegenüber dem Vorjahr erwartungsgemäss verschlechtert. Der Stadtrat steht vor der anspruchsvollen Herausforderung, Notwendiges vom Wünschbaren zu unterscheiden und entsprechend zu gewichten. Die SVP wiederholt sich: Dies wird nicht gelingen, ohne den Gürtel enger zu schnallen. Sparen und Qualitätssicherung müssen kein Widerspruch sein.

In einem Bereich gilt dies ganz besonders: Die Kosten der Sozialen Wohlfahrt, allen voran die Öffentliche Sozialhilfe, sind weiter im Steigen. Hier gilt es nun endlich die gesetzlichen Verpflichtungen einzuhalten und die Hilfe vor allem den wirklich Bedürftigen zukommen zu lassen. Ein probates Mittel, Kosten zu sparen, das zeigen auch andere Städte, ist der punktuelle Einsatz von Sozialdetektiven.

Zum Schluss möchten wir der Verwaltung danken und für die Zukunft Mut machen. Die nötigen Sparmassnahmen werden auch an der Verwaltung nicht spurlos vorbeigehen. Doch wir sitzen alle im selben Boot und alle möchten Arbon in eine sichere Zukunft steuern. Allerdings können die Wege dorthin bekanntlich ganz verschieden angegangen werden.

Erica Willi-Castelberg, SP und Gewerkschaften: Ich möchte nicht so weit ausholen wie meine Voredner, sondern eng bei der Sache bleiben. Auch wir von der SP und Gewerkschaften bedanken uns für die grosse Arbeit der FGK und auch der Verwaltung sowie des Stadtrates.

Das Resultat der Rechnung 2009 birgt für die Fraktion der SP und Gewerkschaften weiter keine Überraschungen. Ein finanzieller Einbruch war zu erwarten und ist unter den gegebenen Umständen der Weltwirtschaftskrise sogar normal. Überraschend ist höchstens, dass die Steuereinnahmen der Privatpersonen nicht ebenso eingebrochen sind wie diejenigen der Wirtschaft. Bedenken wir jedoch, dass sich die prekären Arbeitsverhältnisse 2009, die hohe Arbeitslosenzahl und die verbreitete Kurzarbeit zum grössten Teil erst bei den Steuereinnahmen im Jahr 2010 offenbaren werden.

Trotzdem: Seien wir uns bewusst, dass wir auf sehr hohem Niveau jammern. Uns geht es im Verhältnis zu anderen Staaten sehr gut, sorgen wir dafür, dass es so bleibt: Indem wir das Lohnniveau und damit die Kaufkraft hoch halten, indem wir antizyklisch Geld ausgeben, was nicht heisst, dass wir unvernünftig sein sollen, indem wir die angefangenen Projekte weiterführen, aber ohne Luxus und Ballast. Und indem wir die Lebensqualität in Arbon bewahren, das heisst auch weiterhin in ein soziales Zusammenleben, in Kultur und ein friedliches Miteinander investieren.

Und wer jetzt über zu hohe Sozialausgaben wettert, denke bitte daran, dass dadurch viele Menschen, welche Pech hatten mit ihrer Arbeitsstelle, aufgefangen wurden und bei Bedarf wieder ins Berufsleben zurückkehren können. Das dient der Wirtschaft und damit uns allen.

Natürlich orten auch wir einige Fehlinvestitionen, allem voran die Reorganisation in der Bauverwaltung. Dann sind wir nach wie vor der Meinung, mindestens Fr. 100'000 hätten bei der Umgestaltung des Schlosshügels ohne Schaden eingespart werden können. Wir wollen aber vorwärts schauen und dieser Rechnung trotz hohem Defizit zustimmen.

Roman Buff, CVP/EVP: Die CVP/EVP-Fraktion dankt dem Stadtrat, der Verwaltung und den städtischen Angestellten für die geleistete Arbeit.

Im Gegensatz zu 2008 ist 2009 ein Aufwandüberschuss von rund 2,2 Mio. Franken statt der budgetierten Fr. 550'000.— zu verzeichnen. Der Einbruch in den Steuereinnahmen der juristischen Personen kam brutal schnell und in grosser Höhe von gut 2 Mio. Franken. Glücklicherweise waren die Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen Fr. 243'000.— Franken höher als budgetiert. Auf der Aufwandseite lagen, ebenfalls bedingt durch Wirtschaftskrise, die Ausgaben der Sozialen Wohlfahrt um ca. Fr. 730'000.— über dem Vorjahr.

Bei den Investitionen wurde 2009 rund 1 Mio. Franken weniger ausgegeben als budgetiert.

Zum Jahresbericht kann allgemein gesagt werden, dass dieser übersichtlicher gestaltet, die Berichterstattung sich verbessern und transparenter dargestellt werden muss. So sind die

Arbeitspensen im Personalwesen über die letzten Jahre nicht vergleichbar und es fehlt, wie schon 2008, ein Bericht der Reorganisation der Abteilung Bau. Ebenfalls hätten wir uns gewünscht, dass die vorgenommenen Veränderungen in der Stadtkanzlei kommuniziert werden.

Wir befürworten die Anträge des Stadtrates. Wir danken der FGK für ihre Arbeit und den aufschlussreichen Jahresbericht.

Vizestadtammann Patrick Hug: Ich danke der FGK-Präsidentin und den Fraktionssprechenden für ihre Ausführungen.

Der Stadtrat geht davon aus, dass mit dem Defizit von 2,2 Mio. Franken in der Rechnung 2009 die Talsohle im städtischen Finanzhaushalt durchschritten ist. So konnte nicht nur der Fehlbetrag im revidierten Budget 2010 halbiert werden, es konnten auch die Mehrausgaben im Finanzplan 2011 bis 2013 um jährlich über 1 Mio. Franken reduziert werden. Die Rekordbautätigkeit in der Stadt Arbon mit Wohnbauten im höheren Preissegment und die damit verbundene steigende Einwohnerzahl führen bereits heute zu höheren Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen, wie Erica Willi-Castelberg und Roman Buff überrascht, aber erfreut konstatierten.

Zum Votum von Max Gimmel: Die Entwicklung von verschiedenen Kennzahlen wird im Anhang zur Jahresrechnung in Form von verschiedenen Tabellen, Grafiken und dazu gehörenden Erläuterungen aufgezeigt. Und so muss ich auch das Votum von Parlamentspräsidentin Claudia Zürcher, das Ressort Finanzen werde nur auf einer Seite abgebildet, korrigieren.

Zum Votum von Konrad Brühwiler, das Defizit zu erklären, möchte ich festhalten:

Es waren vor allem vier Faktoren, welche zum aussergewöhnlich grossen Defizit in der Rechnung 2009 geführt haben:

1. Steuermindereinnahmen von über 2,0 Mio. Franken bei den juristischen Personen.
2. Mehraufwendungen in der öffentlichen Sozialhilfe von über Fr. 500'000.—, beides im Vergleich zum Budget.
3. Die Steuerfusssenkung, gerade auch von der SVP immer wieder gefordert von 2 Prozent auf den 1.1.2009, welche Mindereinnahmen von rund Fr. 400'000.— zur Folge hatte.
4. Der ausserordentliche, nicht budgetierte Beitrag von Fr. 200'000.— an die Saurer 150-Jahre-Jubiläumsstiftung, um die Realisierung des Saurer Museums sicherstellen zu können.

Zählt man diese vier Positionen zusammen, so resultieren Mindereinnahmen und Mehrausgaben von total über 3,1 Mio. Franken, Fr. 900'000.— mehr als der jetzt ausgewiesene Fehlbetrag.

Zum Schluss noch ein Vergleich: Der dramatische Einbruch bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen, insbesondere der grossen exportorientierten Firmen, zeigt sich auch am Beispiel der Schulgemeinde Frasnacht, Konrad Brühwiler, die 2009 ein Defizit von 1,2 Mio. Franken auswies und den Steuerfuss um 10 Prozent erhöhen musste.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Wir schliessen das Eintreten ab und kommen zur materiellen Beratung. In der materiellen Beratung werden wir zuerst den Jahresbericht beraten und darüber abstimmen, anschliessend die Jahresrechnung.

Wir beginnen mit der Beratung des Jahresberichtes ab Seite 6:

- | | |
|-------------------------------|----------------|
| ▪ Bericht des Stadtparlaments | Seite 7 und 8 |
| ▪ Ressort Präsidium | Seite 9 bis 13 |

Max Gimmel, FDP/DKL: Ich habe bereits im Eintreten angedeutet, fehlt unserer Ansicht nach die Umschreibung der generellen Situation von Arbon. Die Aufzählung des Erreichten genügt in diesem

Falle nicht, sie soll auch nicht über Probleme, die daraus entstehen, hinweg täuschen. Wir sehen das Vorwort als einen zusammenfassenden Kurzkommentar zum gesamten Bericht, dessen Blickfeld über den Stadtrand hinaus geht und auch schwerwiegende, nationale und internationale Vorkommnisse, die die Stadt beeinflusst haben, darstellt.

Für die Darstellung des Berichtes fragen wir uns generell, ob die zweispaltige Version noch zeitgemäß ist. Es erscheinen sehr viele fettgedruckte Begriffe und Untertitel im Text, die in einem gegliederten Text mit Untertiteln an der Seite übersichtlicher dargestellt werden könnten.

Zu der Seite 9: Bei den Berichten der Ressorts und Abteilungen wäre eine Ergänzung möglich, indem im Titel bereits der zuständige Stadtrat oder Abteilungsleiter genannt wird. Zum Beispiel: Titel - Ressort Präsidium – Stadtammann Martin Klöti, dies im Hinblick auf die Neuzuzüger, die die Berichte auch lesen und noch nicht so vertraut sind mit den Gegebenheiten. Ebenso fehlt im gesamten Bericht eine Darstellung der Ressorts mit ihren Abteilungen. So kann unter anderem nicht nachvollzogen werden, welcher Stadtrat für welches Konto verantwortlich ist.

Roland Schöni, SVP: Ich habe eine Frage auf Seite 11, zu Baubeuräge – Altstadtfond. Mich und vielleicht auch viele von ihnen interessiert, wie im Jahre 2009 Baubeuräge von Fr. 4'500.— für zwei Objekte beschlossen wurden.

Was wurde hier gemacht und was sind das für zwei Objekte?

Stadtrat Reto Stäheli: Das ist der Fond aus der Ortsbildkommission wo Gutschriften oder anrechenbare Kosten geltend gemacht werden. und diese müssen, bevor umgebaut wird, eingebracht werden. Dann wird im Grundsatz darüber bestimmt, ob Anteile gesprochen werden. Das hängt immer noch ab von der Denkmalpflege des Kantons Thurgau, das korrespondiert mit dem.

Stadtammann Martin Klöti: Das sind immer nur Objekte, bei denen auch die kantonale Denkmalpflege und der Kanton Geld spricht, immer dann zahlt auch die Gemeinde. Es ist auf einer Abrechnung ganz genau zu deklarieren, welches die anrechenbaren Kosten für denkmalpflegerische Massnahmen sind.

Konrad Brühwiler, SVP: Ich habe es im Eintreten erwähnt, die Transparenz Personalwesen ist für uns nicht immer befriedigend und nicht immer erfolgte in den letzten Monaten die Trennung zwischen Mitarbeitern und der Stadtverwaltung im gegenseitigen Einvernehmen.

Die Frage, die uns beschäftigt, ist die Folgende: Sind zurzeit alle Verträge im gegenseitigen Einvernehmen aufgelöst. Oder steht die Stadt noch in Arbeitsverhältnissen zwischen Angestellten und der Stadt im Rechtsstreit?

Stadtammann Martin Klöti: Wir haben zwei Fälle, die nicht gelöst sind, die über das Rechtsverfahren noch laufen, wo sich auch unsere Versicherung in diesen Fällen für die Bezahlung einsetzen muss. Die Versicherung selber ist daran interessiert und wird auch die entsprechenden Massnahmen treffen, diese Fälle möglichst schnell abzuschliessen. Wir bekommen hier auch immer Unterstützung von unserer Versicherung, die eigentlich das gleiche Interesse hat wie wir. Ich erlaube mir jetzt noch anzuhängen zu dem Vorwort sozusagen, wegen dieser 16 Austritte. Das klingt ja auch nach schlechtem Arbeitsklima, nach Umstülpungen usw.. Da kann ich sie beruhigen, bei diesen Austrittsarten sind sieben normale Austritte im Sinne von Weiterbildung oder es waren Lernende, die bei uns gearbeitet haben und dann ihre eigentliche Bestimmung oder Arbeitsort an einem anderen Ort suchen. Es ist ein Wechsel gewesen aus beruflichen Gründen und ein weiterer Wechsel aus Gründen der Ortsverschiebung, Wegzug nach Zürich. Das waren die Sieben, ganz normale Fluktuationen, es waren drei davon befristete Arbeitsverträge. Es ist auch klar, wenn wir zusätzliche Arbeit brauchen, befristete Arbeitsverträge haben, die treten dann wieder aus. Das sind ganz normale Austritte, hoffentlich auch in ihrem Sinne. Dann zum fruchtbaren Arbeitsklima: 2 Austritte wegen Mutterschaft und schliesslich drei Pensionierungen und leider ein Todesfall. Das sind insgesamt die sechzehn Austrittsarten.

Silke Sutter Heer, FGK: Ich mache noch im Namen der FGK auf den Vergleich des

Personalbestandes aufmerksam zu Seite 13 des Berichtes, welcher mit dem Bericht der FGK mit versandt wurde. Hier ist wichtig zu sehen, dass das nicht der eigentlich der Personalaetat ist, sondern dass hier auch die effektiv besetzten Stellen Ende Jahr aufgeführt sind und da gibt es natürlich Doppelnennungen, wenn zum Beispiel jemand krank ist und ersetzt werden muss, dann werden beide Stellen noch geführt, wenn es eine 100 Prozentstelle ist, dann sind das 200 Prozent. Nicht dass man da jetzt immer alles zusammen zählt und dann auf enorme Zahlen kommt, dass man da einmal nachschauen kann, was ist denn tatsächlich sind es Neubesetzungen, was war budgetiert, ist ausgewiesen und dann was sind tatsächlich Ersatzpersonen auf Grund von Krankheitsfällen.

Max Gimmel, FDP/DKL: Auch zu Seite 13, die eben jetzt zeigt, dass die Diskussion immer wieder kommt und deshalb eine Transparenz oder respektive eine Präzisierung von sehr grossem Vorteil ist. Wir haben das sowohl in der Budgetdiskussion wie auch sonst in den Diskussionen über den Personalaetat. Deshalb beantragen wir, dass in Zukunft der Personalbestand auch unterteilt wird in die verschiedenen Ressorts, wenn man zum Beispiel auch Schwimmbad und Standbad darstellen kann, dann sollten wir sicher auch aufzeigen, was die anderen Ressorts für Personalbestände haben und diese vielleicht auch darstellen als Stellenprozente, sowohl als auch Anzahl Mitarbeiter. Im weiteren wäre es da auch sicher sinnvoll, wenn generell bei diesen Zahlen auf einen 5-Jahresvergleich abgestellt wird, was dann eine Entwicklung im einen Vergleich zeigt. Es ist auch so, dass die Stellenprozente ein anderes Bild zeigen als die Mitarbeiter, die angestellt sind.

Erica Willi-Castelberg, SP und Gewerkschaften: Ich spreche zu Seite 12. Folgende Fördergesuche wurden bewilligt: 40 E-Bikes, 2 Solaranlagen 15 qm, 2 Solarstromanlagen 7,6Kw, 1 Gebäudehüllensanierung und 1 Hybridauto. Ich mag diesen 40 Leuten und den Besitzer des Hybridautos ihre schnellen Flitzer wirklich sehr gönnen, aber ich gehe wahrscheinlich recht in der Annahme, dass sie keine Gegenleistung in Form von Bezug von Solarenergie oder Windenergie oder andere Alternativenergien leisten müssen. Das heisst aber nichts anderes, als dass wir mit Steuergeldern den Mehrverbrauch von Elektrizität fördern, das heisst, dass wir Atomkraftwerke provozieren. Dagegen sind 2 Solaranlagen und 1 Solarstromanlage und nur 1 Gebäudehüllensanierung doch sehr, sehr mager. Ich frage mich, wie wird das propagiert, wie wird das unter die Bevölkerung gebracht? Ich denke es bräuchte einmal eine Kampagne für die Bevölkerung, dass eben die alternativen Energien und die Gebäudehüllensanierungen gefördert würden und nicht der Verbrauch von mehr Elektrizität.

Andrea Vonlanthen, SVP: Ich habe das Votum von Max Gimmel, FDP/DKL vorhin so verstanden, dass er einen konkreten Antrag gestellt hat, dass die Personalfragen in Zukunft wesentlich übersichtlicher, detaillierter transparenter aufgeführt werden müssen mit einem 5-Jahresvergleich. Ich möchte Ihnen nur zeigen, wie aufschlussreich das dann sein wird. Ich habe ja vor zwei Jahren eine Interpellation eingereicht: Mehr Transparenz im Städtischen Personalwesen, gefragt nach den Stellenprozenten. Für 2004 waren angegeben 7010 Stellenprozente, jetzt sind es gemäss Jahresbericht 9130 Stellenprozente. Wir haben in fünf Jahren eine Vermehrung um 2000 Stellenprozente. Solche Ausführungen, im Sinne von Transparenz, die wären wirklich sehr aufschlussreich und deshalb möchte ich den Antrag von Mag Gimmel, FDP/DKL wärmstens unterstützen.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Meine Frage an Max Gimmel, FDP/DKL: Ist das ein Antrag und wenn ja, müsstet ich diesen Antrag schriftlich haben.

Max Gimmel, FDP/DKL: Meine Ausführungen waren im Sinne eines Kommentars. Ich habe keinen Antrag in diesem Sinn vorbereitet, weil mein 5-Jahresvergleich bezieht sich ja eigentlich nicht nur auf diese eine Statistik, sondern auf alle Statistiken und ich meine auch, das geht auch ohne Antrag, dass der Stadtrat diesem Ansinnen nachkommen kann. Ich denke nicht, dass da ein Antrag gestellt werden muss, sondern da dürfen wir getrost darauf bauen, dass wir das nächstes Jahr so im Bericht lesen können.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Dann fahren wir fort mit dem nächsten Ressort.

- Ressort Einwohner / Sicherheit
- Ressort Finanzen

Seite 14 bis 21
Seite 22

Max Gimmel, FDP/DKL: Wiederum ein Kommentar, hier zwei Anmerkungen zu Seite 22:

1. Die Formulierungen geben im Text genau das, was rechts in den Tabellen ersichtlich ist, dafür fehlen aber die Interpretationen zu den Zahlen.
 2. Steuereinnahmen sind die wichtigsten Zahlen überhaupt, sie sollten unbedingt im 5-Jahresvergleich dargestellt werden, denn sie geben eine effektive Entwicklung wieder. Auch ist eine sehr interessante Zahl die Nachträge der Steuereinkommen, die haben uns schon Millionen beschert auf den juristischen Personen, aber jetzt in diesem Jahr vermehrt gekostet, auch diese Entwicklung auch besser dargestellt werden kann. Die Steuerkraft wird zwar auf Seite 104 etwas detaillierter dargestellt, aber nur gesamthaft, nicht im längeren Vergleich, nicht unterteilt in die verschiedenen Kategorien natürliche und juristische Personen. Auch hier eine detailliertere und längerfristige Betrachtung.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Dann fahren wir fort mit dem nächsten Ressort.

- Ressort Bau / Freizeit / Soziales Seite 23 bis 31

Max Gimmel, FDP/DKL: Seite 28 Baubewilligungen: Diese geben ebenfalls einen Einblick in die wirtschaftliche Entwicklung, aber auch in die Arbeit der Bauverwaltung. Sie sollten deshalb im 5-Jahresvergleich dargestellt werden. Ebenso sollte die Unterteilung verfeinert werden, zum einen in Neubauten und Umbauten, dann aber auch in Gewerbe- und Industriebauten, Wohnbauten und öffentliche Gebäude, und separat zusammengefasst die verschiedenen kleinen Baubewilligungen. Damit erhält man ein eindrückliches Bild über die Entwicklung, die stattfinden, die würden über die letzten fünf Jahre Bände sprechen.

Präsidentin Claudia Zürcher: Dann fahren wir fort mit dem nächsten Ressort.

- Ressort Soziale / Gesellschaft Seite 32 bis 41

Damit haben wir den Jahresbericht abgeschlossen. Gibt es Rückkommensanträge?

Wir kommen zur Abstimmung des Jahresberichtes. Der Stadtrat beantragt ihnen, den Jahresbericht zu genehmigen. Auch die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission empfiehlt ihnen einstimmig, diesem Antrag zuzustimmen.

://: Der Jahresbericht 2009 wird einstimmig genehmigt.

Wir kommen zur Beratung der Jahresrechnung 2009 ab Seite 42

Ich schlage ihnen vor, wie ich es mir vorgestellt habe, dass wir nur die Hauptposten bei der Laufenden Rechnung vorlesen, ihnen aber auch genügend Zeit geben und dass sie dann auch die Zeit haben, das Konto einzeln zu sagen. Ich denke wir haben uns ja alle darauf vorbereitet.

Silke Sutter Heer, FGK: Zuerst einige Vorbemerkungen: Die FGK hat sämtliche Nachtragskredit- und Kreditbeschlüsse eingesehen. Diese werden nachstehend nur noch teilweise erwähnt, früher haben wir jeweils alle aufgeführt. Wir sind aber der Meinung, dass das nicht notwendig ist. Ich werde auch nicht mehr alle im Bericht aufgeführten Konten erwähnen, sondern nur punktuell darauf eingehen, dies in der Annahme, dass sie alle die Ausführungen der FGK einlässlich studiert und diese auch in ihren Fraktionen diskutiert haben.

Präsidentin Claudia Zürcher: Dann beginnen wir zuerst mit Seite 43 Finanzierungsnachweis, Laufende Rechnung 2009.

10 Allgemeine Verwaltung

Silke Sutter Heer, FGK: Konto 1020.3090 Übrige Personalkosten: Wir haben die Frage gestellt, wie

sich die Personalrekrutierungskosten zusammensetzen und uns wurde dann die Antwort gegeben, dass diese lediglich rund Fr. 12'000.— betragen und, dass es sich dabei vor allem um Inseratekosten und Publikationen unter einer Internetseite handelt. Die übrigen Kosten sind übrige Personalkosten wie Weiterbildung, REKA-Bezüge (REKA-Checks) und Personalanlässe.

Konto 1028.3090 Übriger Sachaufwand / Mitgliederbeiträge: Die Bauverwaltung, auch hier haben wir die Frage gestellt, wie sich die Gesamtkosten der Reorganisation zusammensetzen, und es wurde die Antwort gegeben, dass im Jahr 2009 Fr. 90'000.— dafür noch aufgewendet wurden und unter dieser Position, rund Fr. 58'000.— sind Rekrutierung von Mitarbeitern, auch wieder Inseratekosten und die restlichen Fr. 12'000.— verteilen sich hier ebenfalls auf diverse übrige Personalkosten, wie zum Beispiel Weiterbildungen. Hier haben wir dann auch die Antwort erhalten, dass die Gesamtaufwendungen der Firma Inova AG, das ist die Reorganisation in den Jahren 2008 und 2009, rund Fr. 188'000.— für diese Reorganisation aufgewendet hat.

11 Öffentliche Sicherheit

Silke Sutter Heer, FGK: Konto 1113.3180 Polizeikonto, Kontrolle Aussenanlagen durch Dritte: Die Frage liegt ihnen vor, auch die Antwort vom Stadtrat. Wir haben hier auch den Kreditbeschluss eingesehen, dann haben wir noch einen Kommentar anzubringen. Die Gesamtkosten für diese Kontrollen sind Fr. 115'000.—, davon beteiligen sich rund Fr. 35'000.— Dritte und spannend, das hat sich aus diesem Kreditbeschluss ergeben, ist, dass polizeihohheitliche Aufgaben abgegeben wurden vom Kanton und neu von dieser Securitas das Hundegesetz und Littering umgesetzt werden. Es können Bussen verteilt werden und für diese Aufgaben fallen Fr. 18000.— an.

13 Kultur und Feizeit: 1020.36522 Betrag an Saurer 150-Jahre Jubiläumsstiftung: Das ist der bereits durch Vize-Stadtammann Patrick Hug erwähnte Beitrag Saurer Museum, diese Fr. 200'000.—. Auch diesen Kreditbeschluss haben wir eingesehen und haben nachlesen können, dass es sich zum einen um einen einmaligen Betrag gehandelt hat und wäre die Stadt nicht mit diesem Beitrag eingesprungen, dieses Museum nicht zustande gekommen wäre, weil ein früher zugesagter Betrag nicht in der zugesagten Höhe geleistet werden konnte.

Konto 1344.3141 Strandbad, Baulicher Unterhalt: Hier ein formeller Hinweis der FGK: Wir mussten feststellen, dass dieser Nachtragskreditbeschluss erst am 11. Januar 2011 gesprochen worden ist, obwohl die Arbeiten ein halbes Jahr vorher fertig waren. Es stellt sich hier die Frage, ob ein Controlling durchgeführt worden ist, weil es doch eher unüblich ist, dass im Januar Kredite für das Jahr davor gesprochen werden.

Präsidentin Claudia Zürcher: Wir fahren mit dem nächsten Ressort weiter.

14 Gesundheit

Keine Bemerkungen

15 Soziale Wohlfahrt

Roland Schöni, SVP: Konto 1540 Jugendschutz: Die Zahlen sind vollständig im Missverhältnis und das sehen wir, wenn für den Jugendschutz Fr. 344'650.90 ausgegeben werden. Auf Position 3656, wo lediglich Fr. 26'640.— für Beiträge an Vereine für Jugendarbeit ausgegeben werden. Uns scheint diese Zahl in einem völligen Missverhältnis zu stehen. Wenn man denkt, was für eine enorme Arbeit die freiwilligen Helferinnen und Helfer in den Vereinen tagtäglich leisten, ist die Unterstützung zu wenig. Ich weiss, was jetzt einige von ihnen denken, das ist wieder typisch SVP, man will den Vereinen schleimen, oder das ist reiner Populismus. Das ist es nicht. Jugendschutz wird in erster Linie in den Vereinen betrieben. Wir wissen alle, was es heisst, wenn die Kinder beschäftigt werden und man weiss, wo sie aufgehoben sind. Ich gebe meine Stichworte gerne weiter, wenn sich jemand angesprochen fühlt von einer anderen Fraktion, wenn er zu diesem Thema etwas sagen will. Ist der Stadtrat bereit, die Vereine mehr zu unterstützen und das Missverhältnis im nächsten Budget zu korrigieren? Andernfalls werden wir auf die nächste Rechnung in dieser Sache einen Vorstoss machen.

Stadträtin Heidi Wiher-Egger: Das sind Beiträge, die wir leisten für die Vereine, das stimmt, für die Jugendvereine, Sportvereine oder auch Pfadis usw. Diese können uns dann melden, wie viele Jugendliche sie haben und sie bekommen für jeden Jugendlichen einen Beitrag, Fr. 30.—. Ich nehme das entgegen und wir können da überlegen, was wir machen wollen.

Präsidentin Claudia Zürcher: Wir fahren mit dem nächsten Ressort weiter.

16 Verkehr:

Keine Bemerkungen

17 Umwelt und Raumordnung

Silke Sutter Heer, FGK: Konto 1720 Abfallbeseitigung: Hier eine allgemeine Bemerkung. Zu diesem Konto ist die Frage der FGK, weshalb die RPK die Bildung einer Spezialfinanzierung betreffend der Abfallbeseitigung der Stadt Arbon gefordert hat. Die Antwort fällt dann relativ allgemein aus. Wesentlich erscheint uns aber auch der Hinweis, dass von den sechs grösseren Thurgauer Gemeinden oder Ortschaften die Hälfte eine Spezialfinanzierung führt, die andere hingegen, wie wir in Arbon, das nicht macht. Ich bin auch der Meinung und das ist auch in der FGK so, dass mit diesen Spezialfinanzierungen nicht nur Vorteile, sondern es müssen auch die Nachteile abgewogen werden. Das sind immer Konten, welchen wir nachgehen in der FGK. Es sind manchmal richtig Berge von Geld zu finden. Man muss dann auch nachschauen, wofür kann man dieses Geld brauchen, wofür kann man es einsetzen? Es ist gar nicht richtig klar, was man wirklich braucht. Wir sind deshalb der Meinung, dass es auch nicht der Weisheit letzter Schluss ist, sondern, dass man es ruhig auch einmal so stehen lassen kann und diese RPK Bemerkung vielleicht einmal abschliessend beantworten.

Präsidentin Claudia Zürcher: Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr sind, fahren wir mit dem nächsten Ressort weiter.

18 Volkswirtschaft:

Keine Bemerkungen

19 Finanzen und Steuern

Bernhard Bertelmann, SP und Gewerkschaften: Konto 1995.4240 Buchgewinne Anlagen Finanzvermögen: In unserer Fraktion sind noch Fragen aufgetaucht. Ich würde gerne vom Stadtrat wissen zu Parzelle 642: Wie gross ist sie, wann und zu welchem Preis wurde sie von der Stadt gekauft? Zu Parzelle 3467 wie gross ist diese?

Vizestadtammann Patrick Hug: In Ergänzung zur diesbezüglichen Auskunft, welche wir der FGK gegeben haben und die in deren Bericht nachzulesen ist, kann ich ihre Fragen wie folgt beantworten:

1. Die Parzelle 642 umfasst eine Grösse von 1875 Quadratmeter und wurde zu einem Preis von Fr. 100.— pro Quadratmeter an die AFG verkauft. Die Parzelle wurde gemäss Grundbuchamt am 6. September 1993 von einem Frasnachter, zusammen mit einem weiteren Grundstück, schenkungsweise an die damalige Ortsgemeinde Frasnacht übertragen. Das Geschäft erfolgte im Gegenzug zu einer Einzonung von rund 35'564 Quadratmeter im Besitze des Schenkenden.
2. Die Parzelle 3467 ist 104 Quadratmeter gross und wurde im Zusammenhang mit der Überbauung Schöfliwies zu einem Quadratmeterpreis von Fr. 350.— an die AXA Leben AG verkauft.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Damit haben wir die Laufende Rechnung erledigt. Sind Fragen zu den Darstellungen Seite 77 bis 81?

Dann kommen wir zur Materiellen Beratung der Investitionsrechnung.

Investitionsrechnung Seite 82: Ich werde wieder gleich vorgehen.

10 Allgemeine Verwaltung

Silke Sutter Heer, FGK: Konto 109101.669 Beiträge Dritter: Hier nur die Bemerkung, das ist das Kappeli. Da haben wir die Frage gestellt wie der Stand der Beteiligung der Dritten ist. Das war der aktuelle Stand der uns abgegeben worden ist, das waren Fr. 272'000.— und interessant auch die Auskunft, dass Fr. 800'000.—, das ist inklusive Kanton, von Dritten zu erwarten sind.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler:

11 Öffentliche Sicherheit: Keine Bemerkungen

13 Kultur und Freizeit: Keine Bemerkungen

14 Gesundheit:

Silke Sutter Heer, FGK: Konto 14002.525 Investitionsbeitrag Haus Bellevue: Da ergibt sich aus den Kreditbeschluss, dass dieser Beitrag der Stadt für die notwendigen baulichen Anpassungen, für den Betrieb einer Pflegestation, investiert worden sind.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler:

16 Verkehr

Konrad Brühwiler, SVP: Konto 1620.36502 Zwischennutzung Saurer WerkZwei: Wir möchten vom Stadtrat wissen, was in dieser Rechnungsposition beinhaltet ist. Eine Frage, war sie bereits in der FGK, weshalb wurde diese Position nicht budgetiert und wer hat diese Planung und somit diese Kosten ausgelöst? Was war das Ziel dieser Zwischennutzung? Waren diese Planungen mit dem Eigentümer abgesprochen? Welche Schlüsse, bzw. Resultat zieht der Stadtrat aus diesen Planungskosten von Fr. 37'267.30 und die letzte Frage, ist diese Zwischennutzung jetzt gestorben?

Stadtammann Martin Klöti: Die Zwischennutzung war beabsichtigt, das WerkZwei der Öffentlichkeit zugängig zu machen, damit man sozusagen etwas Besitz ergreift und wir wollten Wege schaffen für den Langsamverkehr, Verbindung für Fahrräder und für den Fussgängerverkehr direkt ab der Landquartstrasse Richtung Bahnhof. Wir haben dazu ein Projekt entworfen und haben dann gesehen, welche Investitionen getätigt werden müssen. Firma Oerlikon Saurer hätte sich beteiligen müssen an diesen Investitionen. Es gab Fragen zur Haftung, es musste alles abgeklärt werden. Im Zuge der Verhandlungen des Verkaufs des Hamels ist dann im Gesamtpaket von Oerlikon der Antrag gekommen auf die Zwischennutzung gänzlich zu verzichten, wahrscheinlich aus strategischen Gründen, weil aus verkaufspolitischen Aspekten, eine Zwischennutzung hätte hinderlich sein können. Das bedeutet: Wir haben miteinander gesprochen, über mindestens ein Jahr daran gearbeitet, und bei der Kaufverhandlung dann ist über den Verwaltungsrat der Oerlikon Saurer der Antrag gekommen, auf eine solche Zwischennutzung zu verzichten. Wir haben dies als kleines Opfer in die Kaufverhandlung reingegeben, weil wir dort aber zu einem sehr, sehr guten Preis die Liegenschaft erwerben konnten.

Präsidentin Claudia Zürcher:

17 Umwelt und Raumordnung: Keine Bemerkungen

Damit haben wir die Investitionsrechnung abgeschlossen, bleibt uns noch die materielle Beratung der Bestandesrechnung, sie beginnt Seite 94.

Gibt es Wortmeldungen zu den Aktiven? Keine Bemerkungen

Gibt es Wortmeldungen zu den Passiven? Keine Bemerkungen

Gibt es Wortmeldungen zum Anhang?

Andrea Vonlanthen, SVP: Sie fragen nach dem Anhang und ich möchte hier gerne auf die allerletzte Seite zu sprechen kommen, Seite 127. Hier sind auch unter Abteilung Soziales die einzelnen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aufgeführt. Wenn wir das zusammenzählen, ergibt das 29 Personen, rechnen wir Abgänge und Zugänge ineinander, bleiben 24 Personen oder insgesamt 1800 Stellenprozente. 1800 Stellenprozente, hier haben wir es schwarz auf weiss. Das sind keine Fantasiezahlen, wie es Herr Fenner bei der kürzlichen Information im Dock meinte. Diese 1800 Stellenprozente sind doppelt so viele wie in Amriswil und in Romanshorn und je 20 Prozent mehr als in den grösseren Städten Kreuzlingen und Frauenfeld. In diesem Zusammenhang zwei Fragen an die Ressortverantwortliche Frau Stadträtin Wiher-Egger.

1. Frage: Sind sie bereit, im Sinne der Transparenz in Zukunft auch bei den Teilzeitstellen die Stellenprozente anzugeben, wie gesagt im Sinne der Transparenz?
2. Sind sie bereit, sich um eine Kostenstatistik der grossen Gemeinden zu bemühen, die auch für sie einen verlässlichen Vergleich gelten lässt?

Stadträtin Heidi Wiher-Egger: Ich habe es gehabt und habe das Organigramm von der Abteilung Soziales mitgenommen. Ich lese Ihnen vor: Wir haben schon einige Male orientiert, sie sind auch eingeladen worden und hätten ein Organigramm bekommen. Die Abteilung Soziales besteht aus dem Vormundschaftsprogramm mit 270 Stellenprozenten, aus der Amtsvormundschaft mit 250 Stellenprozenten Sozialarbeiter und 120 Stellenprozenten Sekretariat. Dann gibt es das Sozialversicherungsamt, das besteht aus 190 Stellenprozenten, das Sozialamt, Sozialarbeiter sind dort 75 Stellenprozenten, 60 Prozent Alimentenhilfe, dann gibt es die freiwillige Sozialberatung, das sind 30 Stellenprozenten und das Ressort Gesellschaft, da sind ja zwei Ressorts zusammengelegt worden vor vier Jahren, das eine ist das Soziale und das andere die Gesellschaft. Die Gesellschaft besteht aus 190 Stellenprozenten mit der Kinder- und Jugendarbeit und 10 Stellenprozenten sind das Sekretariat für das Alters- Jugend- und Migrationsbereich. Wir haben noch ein Sekretariat sonst, das arbeitet für alle Stellen. Jede Person vom Sekretariat muss Einsätze leisten im Sozialversicherungsamt, in der Amtsvormundschaft und im Sozialamt, dort sind es 260 Stellenprozenten. Es ist noch eine Überschneidung mit einer Person, die habe ich schon angegeben von der Amtsvormundschaft, zusammengezählt habe ich sie nicht.

Die Vergleiche sind einfach schwierig, das habe ich Ihnen schon einmal erzählt, das ist ja nicht nur das Sozialamt. Das Sozialamt ist die Sozialhilfe, das habe ich so verstanden, wo sie es erzählt haben, die Sozialhilfe ist eben das Sozialamt, aber die Abteilung Soziales sind ganz verschiedene Aufgaben mit ganz verschiedenen Gesetzeshintergründen. Ich kann Ihnen gerne ein solches Organigramm zukommen lassen mit den jetzigen Stellenprozenten. Es gibt auch noch den Leiter, der ist 100 Prozent angestellt. Das wäre meine Antwort, die ich Ihnen geben kann.

Max Gimmel, FDP/DKL: Generell zum Verzeichnis Behörden, Kommissionen und Delegationen:

Die Auflistung ist so nicht übersichtlich und kann nicht, oder nur schlecht den Stadtrats-Ressorts zugeordnet werden. Hier ist eine übersichtlichere Gliederung notwendig. Das gäbe auch ein Bild über die Belastungen der einzelnen Ressorts. Bei der Auflistung der Kommissionen fehlt zudem noch die Delegation im Abwasserverband Morgental, AVM. Diese Delegierten sollten unbedingt auch aufgelistet werden, mit Angabe, wen sie vertreten.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Bevor wir zur Schlussabstimmung kommen, möchte ich noch fragen, ob es Rückkommensanträge gibt?

Roland Schöni, SVP: Ich komme nochmals auf Seite 54 zurück. Es geht um den Kreditbeschluss für das Saurermuseum. Die Stadt musste ja einspringen. Offenbar weil die OC Oerlikon den ursprünglich vorgesehenen Betrag von Fr. 500'000.— nicht leisten konnte. Dieser Kreditbeschluss ist sicher in Ordnung und es ist auch ein sehr schönes Museum geworden. Was mir aufstösst, ist, dass die grosse Firma Saurer, bzw. jetzt OC Oerlikon einfach jetzt sagt, wir können kein Geld geben und nichts dazu beiträgt. Das kann es wohl nicht sein. Hat sich da der Stadtrat über den Tisch ziehen lassen oder was sind die Gründe, dass OC Oerlikon keinen Franken für dieses Museum gibt und als Frage noch: Ist der Stadtrat nochmals bereit, hier zu intervenieren und zwar energisch? Aus dem

hohlen Bauch sehe ich da, dass sie noch mindestens Fr. 100'000.— nachschliessen, sich beteiligen müssen, oder ist da ein Deal gemacht worden mit dem Hamelgebäude?

Stadtammann Martin Klöti: Es ist kein Deal mit dem Hamel gemacht worden. Es sind zwei ganz verschiedene Bereiche: Das Eine ist die Jubiläumsstiftung Saurer 150 Jahre. Diese Stiftung habe ich 2006 mit Fr. 15'000.— übernehmen dürfen. In dieser Stiftung war kein Geld. Eine Stiftung kann nur mit Kapital arbeiten und sollte eigentlich mit dem Ertrag eines Kapitals arbeiten. Aufgrund der Tatsache und meiner Erfahrung als Stiftungspräsident bin ich auf die Firma Saurer zugegangen und habe einen Antrag gestellt, in diese Stiftung Geld einfließen zu lassen. Das wurde damals von der Firma Saurer entgegengenommen, von J. Bär, die Firma wurde verkauft und mit dem gleichen Anliegen bin ich an die Firma Oerlikon gelangt. Die Firma Oerlikon engagiert sich sehr für dieses Museum, indem sie die ersten zweieinhalb Jahre die Miete zahlt und des weiteren noch zwischen Fr. 50'000.— und Fr 60'000.— eingeschossen hat in den Umbau. Mit anderen Worten hat sich die Firma Oerlikon beteiligt, aber nicht ganz in dem Ausmass, wie wir es eigentlich erhofft hatten. Was haben wir dann gemacht vom Stadtrat, wir wissen, dass, wenn wir beim Lotteriefond des Kantons ein Gesuch einreichen, immer darauf geachtet wird, wie viel Geld fließt aus der politischen Gemeinde. Mit diesem Beitrag von Fr. 200'000.— konnten wir beim Lotteriefond genau ebenfalls Fr. 200'000.— aushebeln. Wir sind sozusagen zum doppelten Ertrag gekommen und das hat mit der Firma Oerlikon überhaupt nichts zu tun, sondern wir hatten ein Ziel, nämlich mit maximal Fr. 500'000.— das Museum erstellen zu können. Was für eine Museumsfläche von 1500qm ein unglaubliches Kunststück ist und nur gelungen ist über tausende von Stunden Fronarbeit und über sehr, sehr viele Geschenke von Firmen oder Unternehmungen, die ihre Arbeit nicht berechnet haben. Wir haben einen Gegenwert bekommen, der mindestens das Dreifache ausmacht von dem was wir in barem Geld haben investieren müssen. Daher gibt es kein Nachhaken bei der Firma Oerlikon und nichts in Zusammenhang mit dem Liegenschaftserwerb von Hamel.

Präsidentin Claudia Zürcher:

Somit kommen wir zur Abstimmung der zwei verbleibenden Anträge des Stadtrates. Ich werde diese getrennt vornehmen, stelle diese Anträge aber noch zur Diskussion.

Die Jahresrechnung 2009, bestehend aus der Bestandesrechnung und der Verwaltungsrechnung (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung), sei zu genehmigen.

://: **Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig genehmigt.**

Der Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung 2009 von Fr. 2'220'601.08 sei dem Eigenkapital zu belasten.

://: **Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig genehmigt.**

Gemäss Art. 35 der Gemeindeordnung der Stadt Arbon untersteht dieser Beschluss dem fakultativen Referendum bzw. dem Behördenreferendum. Die Referendumsfrist beträgt 30 Tage vom Tage der Bekanntmachung der Beschlüsse an gerechnet. Wird das Referendum nicht ergriffen, sind die Beschlüsse rechtsgültig. Ich frage sie an, ob jemand das Behördenreferendum ergreifen möchte?

Ich bedanke mich bei der FGK Präsidentin Silke Sutter Heer und bei allen übrigen FGK-Mitgliedern für die gute Arbeit.

4. Geschäftsreglement des Arboner Stadtparlaments

- **Art. 6 Abs. 1 Ergänzung Bst. h und neu Abs. 2**
 - Redaktionslesung

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Sie haben den Bericht der Redaktionskommission mit dem 2. Versand erhalten. Ich erinnere sie daran, dass in der Redaktionslesung keine materiellen Änderungen mehr gemacht werden dürfen. Für die einleitenden Bemerkungen hat das Wort Redaktionspräsident Riquet Heller.

Riquet Heller: Ihre Redaktionskommission, es sind dies Elisabeth Tobler, Ekin Yilmaz, Peter Hofmann und der Sprechende, Ruedi Strassen hatte sich zu entschuldigen, hat zum zehnten Mal getagt, aber bereits ihren elften Bericht abgeliefert. Das letzte Mal erledigt sie nämlich ihre Arbeit nicht in einer Sitzung, sondern lediglich mit einem Internet-Austausch. Die letzte Revision betraf den Art. 41 Abs. 4 unseres Geschäftsreglements, dort die Regelung, wann die Redaktionslesung direkt an die zweite Lesung angehängt werden darf.

Im Weiteren bitte ich sie zu lesen oder gelesen zu haben, und demzufolge um Eintreten auf den Bericht. Ich nehme an, dazu wird die Diskussion nicht gewünscht und ich kann weiterfahren

Zu beichten habe ich Ihnen, dass wir schon anlässlich der ersten Ergänzung unseres Geschäftsreglements vom 8. September 2009 vergessen hatten, den Art. 65 unseres Reglements zu revidieren. Die Parlamentssekretärin hat mich nach Versand der Unterlagen auf diese Unterlassung hingewiesen. Ich hole diese Revision des Art. 65 jetzt mit einer PowerPoint-Präsentation nach und korrigiere so zugleich, dass wir am 8. September 2009 keine Totalrevision, sondern nur eine Partialrevision durchgeführt haben. Das Geschäftsreglement datiert also trotz anderer Druckversion immer noch vom 03.04.2007 in seinen Grundsätzen. Es wurde am 08.09.2009 nur ergänzt und wird auch jetzt erneut bloss ergänzt.

Hier hat sich im Verhältnis zur einseitigen Beilage, die ich Ihnen zugestellt habe, nichts geändert. Folgende Änderungen sind zur 2. Lesung festzustellen:

1. Titel: Unverändert, nämlich „Geschäftsreglement für das Arboner Stadtparlament vom 03.04.2007, ergänzt am 08.09.2009 und 29.06.2010“
2. Der Text des Abs. 1 und den einzelnen Litera linksbündig übereinander.
3. bei lit. h nicht mehr „Aufsicht über die Tätigkeit der parlamentarischen Kommissionen“, sondern nur noch „Aufsicht über die Tätigkeit parlamentarischer Kommissionen“, dies in Übereinstimmung mit dem Text von Abs. 2 von Art. 6, dort ist ebenfalls der unbestimmte Pluralartikel verwendet worden.

Dann neu der Art. 65 mit der Inkraftsetzung, nämlich:

1. Dieses Reglement tritt am 03.04.2007 in Kraft, wie die ursprüngliche Fassung vom 03.04.2007 sinngemäss lautete.
2. Abs. 2:
Dass die beiden Ergänzungen vom 08.09.2009 und 29.06.2010, das heisst die jetzige und die, welche wir bereits am 08.09.2009 beschlossen hatten, je per sofort in Kraft treten.

Dann noch das Datum und der Name unserer Präsidentin und derjenige unserer Parlamentssekretärin plus den Genehmigungsvermerk, nämlich hier in markanter Abweichung der Vorlage, die uns zugeschickt worden ist, wo sich Fehler eingeschlichen haben, nämlich 8. 09. 2009 und nicht 2010.

Präsidentin Claudia Zürcher: Da keine Diskussion gewünscht wird, kommen wir zur Schlussabstimmung.

://: **Der Antrag der Redaktionskommission für die Ergänzung von Art. 6 mit dem Buchstaben h und neu Abs 2 und den heutigen Zusätzen wird einstimmig angenommen.**

Ich danke der Redaktionskommission für die geleistete Arbeit.

Präsidentin Claudia Zürcher: Wir kommen zum neuen Traktandum 5:

5. Botschaft Dreifachsporthalle

- Bildung einer Kommission

Die Bürokommision schlägt ihnen die Bildung einer 5-er Kommission für dieses Geschäft vor. Für die Zusammensetzung der Kommission erwarte ich Vorschläge.

- Brüschiweiler Andreas, SVP
- Fischer Konradin, FDP/DKL
- Näf Andreas, FDP/DKL
- Telatin Fabio, SP und Gewerkschaften
- Wenk Rosmarie, CVP/EVP

Da sich niemand für das Präsidium gemeldet hat, wird für die Beratung eine 5-minütige Pause eingelegt.

Ende der Pause 21.10

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Als Präsident der Kommission stellt sich Fabio Telatin, SP und Gewerkschaften zur Verfügung.

Gemäss Art. 57 Art. 3, werden Mitglieder und Präsidien von parlamentarischen Kommissionen offen gewählt, sofern nicht ein Parlamentsmitglied geheime Wahl verlangt. Sie können gesamthaft gewählt werden.

Ich werde sie jedoch einzeln durchführen und lasse zuerst über die Kommissionszusammensetzung abstimmen.

://: **Die Kommission für die Dreifachsporthalle wird einstimmig gewählt.**

://: **Als Präsident der Kommission Dreifachsporthalle wird Fabio Telatin, SP und Gewerkschaften einstimmig gewählt.**

Besten Dank an die Kommissionsmitglieder. Ich wünsche der Kommission eine erfolgreiche Beratung und danke Fabio Telatin, SP und Gewerkschaften, dass er sich für das Präsidium zur Verfügung gestellt hat.

6. Ersatzwahl in die Einbürgerungskommission für Dieter Feuerle, SP und Gewerkschaften

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Nach dem Austritt aus dem Parlament musste eine Nachfolgerin oder Nachfolger für Dieter Feuerle gesucht werden. Ich übergebe das Wort Erica Willi-Castelberg SP und Gewerkschaften.

Erica Willi-Castelberg, SP und Gewerkschaften: Gerne schlagen wir als Nachfolge für Dieter Feuerle in die Einbürgerungskommission Inge Abegglen vor. Inge Abegglen ist als langjähriges Mitglied des Bezirksgerichts nicht nur in rechtlichen Fragen sehr versiert, sie hat sich dabei auch gute Menschenkenntnisse erwerben können. Als Kantonsrätin steht sie ausserdem in Verbindung zur kantonalen Einbürgerungskommission und hat viele politische Erfahrungen gesammelt. Sie respektiert Einbürgerungswillige als Menschen mit Rechten und Pflichten und wird sich für faire, gerechte Einbürgerungsverfahren einsetzen.

://: **Inge Abegglen, SP und Gewerkschaften wird bei eigener Stimmenthaltung einstimmig als Mitglied in die Einbürgerungskommission gewählt.**

7. Beantwortung Motion von Andrea Vonlanthen, SVP betreffend „Einführung von Sozialdetektiven“

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Am 8. Dezember 2009 ist diese Motion von Andrea Vonlanthen SVP-Fraktion mit fünfzehn Mitunterzeichneten eingereicht und vom Stadtrat beantwortet worden. Aufgrund der Erwägungen empfiehlt der Stadtrat, die Motion als nicht erheblich zu erklären.

Zum Vorgehen: Wir werden gemäss Art. 44 des Geschäftsreglements zuerst über die Erheblichkeit der Motion und anschliessend über die Zuweisung an eine Kommission oder den Stadtrat entscheiden.

Ich übergebe zuerst das Wort dem Motionär Andrea Vonlanthen.

Andrea Vonlanthen, SVP: Vorerst ein Wort des Dankes an die 15 Mitunterzeichner der Motion und an den Stadtrat für die Beantwortung.

1. Was will die Motion?

- a. Sie will den Missbrauch von Sozialhilfeleistungen bekämpfen.
- b. Leistungsbezüger der Sozialhilfe sollen bei begründetem Verdacht auf Missbrauch durch externe Personen überwacht werden.
- c. Der Stadtrat hat dazu, falls erforderlich, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

2. Was will die Motion nicht?

- a. Sie will Sozialhilfebezüger nicht pauschal des Missbrauchs verdächtigen, aber unehrlichen Bezügern das Handwerk legen.
- b. Sie will keine Kosten erhöhen, sondern durch Bekämpfung von Missbräuchen die stark steigenden Sozialhilfekosten reduzieren.
- c. Sie will keine neue Stelle im Sozialamt. Wer das schreibt, auch in Leserbriefen, hat die Motion nicht gelesen.

3. Was sagt der Stadtrat?

- a. Ein Quervergleich mit andern Städten und Gemeinden sei nur beschränkt aussagekräftig. Immerhin: Aufgrund der wirtschaftlichen Situation und der Bevölkerungsstruktur seien am ehesten Vergleiche mit den Städten Frauenfeld und Kreuzlingen möglich. – Frage: Wozu bemühen sich Kanton und Gemeinden denn permanent um aktuelle Statistiken und Überblicke, gerade auch im Bereich Sozialhilfe, wenn Vergleiche nicht sinnvoll sein sollen?
- b. Der Stadtrat will anhand der Ist-Situation im Sozialbereich aufzeigen, wie engagiert und gründlich hier gearbeitet wird. – Das soll auch nicht angezweifelt werden!
- c. Der Stadtrat hält eine Gesetzesänderung in Arbon nicht für notwendig, da entsprechende Abklärungen von Amtes wegen möglich seien. In begründeten Einzelfällen könne heute schon „der Bezug eines Sozialdetektivs indiziert werden“. – Was das heisst, müsste freilich noch ausgedeutscht werden.

4. Das sind die Realitäten

- a. Die Sozialhilfekosten steigen massiv an. In Arbon sind sie pro Kopf der Bevölkerung besonders hoch, gerade auch im Vergleich mit Frauenfeld und Kreuzlingen. (Frauenfeld und Kreuzlingen bewältigen ihre Sozialhilfe auch mit einem Fünftel weniger Personal als Arbon - 1500 Stellenprozent gegenüber 1800).
- b. Fachleute rechnen mit etwa 5 Prozent Missbrauch (Bülach, Frauenfeld, Rickenbach). Das aber kostet den Steuerzahler enorme Summen.
- c. Die Arboner Sozialhilfe kennt bisher die Institution eines Sozialdetektivs nicht und nutzt demzufolge auch deren Vorteile nicht. Eine gründliche Abklärung im Sozialamt ersetzt eine professionelle Überwachung bei begründetem Missbrauchsverdacht keineswegs.

5. So machen es andere Gemeinden (Angaben der jeweiligen Sozialämter)

A. Beispiel Kreuzlingen

In Kreuzlingen liegt ein Beschluss des Stadtrates vor. Demzufolge kann das Sozialamt bei begründetem Missbrauchsverdacht die Stadtpolizei für Beobachtungen einsetzen. Drängt sich eine verstärkte Überwachung auf, wird das Detektivbüro eines ehemaligen Polizeibeamten eingesetzt. Das ist bisher zweimal geschehen. Auch Arbeitgeber und Gewerkschaften begrüssen dieses

Vorgehen. „Der Einsatz von Sozialdetektiven spricht sich herum“, stellt der Amtsleiter fest. „Die präventive Wirkung ist eindeutig.“

Mit dem gleichen Detektivbüro arbeitet übrigens die Gemeinde Rickenbach bei Wil zusammen. Beschlüsse des Gemeinderates und der Fürsorgebehörde wollten es so. Hier wurde der Sozialdetektiv schon dreimal eingesetzt. In einem Fall konnte Drogenhandel nachgewiesen werden. Hier unterschreiben alle Sozialhilfebezüger ein Merkblatt des kantonalen Fürsorgeamtes, das sie auf eine mögliche Überwachung hinweist. „Der grösste Vorteil des Sozialdetektivs ist die Warnung an Sozialhilfebezüger, die an Missbrauch denken“, sagt der Leiter des Sozialamtes.

B. Beispiel Frauenfeld

Auch in Frauenfeld unterschreiben die Sozialhilfebezüger ein Merkblatt des kantonalen Fürsorgeamtes, das auch den Einsatz von Sozialdetektiven enthält. Hier wird ein pensionierter Polizist als Sozialdetektiv eingesetzt, und zwar fünf bis zehn Mal im Jahr. In einem Fall sorgte er dafür, dass ein Autoschieber aufflog. „Damit vermochten wir die Kosten des Sozialdetektivs für zehn Jahre zu decken“, sagt die Amtsleiterin, eine ehemalige FDP-Kantonsrätin.

C. Beispiel Bülach (17'000 Einwohner)

In Bülach hat sich der Stadtrat auf Antrag der Sozialbehörde für Sozialdetektive ausgesprochen. Seit zwei Jahren wird hier ein externer Überwachungsspezialist jährlich 20 bis 30 Mal als Sozialdetektiv eingesetzt. Rund die Hälfte der Überwachungen erweist sich effektiv als Missbrauch, speziell bei Schwarzarbeit und Haushaltsgrössen. „Eine Gemeinde, die sagt, es gebe keinen Missbrauch, verschliesst die Augen“, sagt die parteiunabhängige Amtsleiterin. Die Überwachung sei sehr aufwändig, lohne sich aber auf jeden Fall.

6. Das spricht für einen Sozialdetektiv

Darum setzen alle diese Gemeinden Sozialdetektive ein:

- 1. Sie sind prophylaktisch zweckmässig. „Die Möglichkeit einer Überwachung spricht sich rasch herum“, sagt der Kreuzlinger Sozialamtsleiter.
- 2. Sie decken effektiv Missbrauch auf.
- 3. Die Sozialhilfe hat ein wirkungsvolles „letztes Mittel“ zur Missbrauchsbekämpfung in der Hand. „Dieses Instrument gibt unserm Amt eine zusätzliche Sicherheit“, sagt die Frauenfelder Amtsleiterin.
- 4. Sie dienen dem ehrlichen Sozialhilfebezüger, bei dem ein allfälliger Verdacht endgültig entkräftet werden kann.
- 5. Wesentlich: Sie erhöhen die Akzeptanz des Sozialamtes und der Sozialhilfe in der Öffentlichkeit, man gewinnt mehr Vertrauen.
- Der Zürcher FDP-Politiker Urs Lauffer, 20 Jahre Mitglied der Stadtzürcher Sozialbehörde, sagte gegenüber dem „Tages-Anzeiger“: „Das Sozialinspektorat, dem ich anfangs selber skeptisch gegenüberstand, hat sich vom Resultat her und auch aus präventiver Sicht tatsächlich als entscheidendes Instrument herausgestellt. Seine erfolgreiche Arbeit hilft uns, die Energien bei der Missbrauchsbekämpfung auf kritische Einzelfälle zu konzentrieren. Mein Fehler ist, dass ich die kriminelle Energie in diesem Zusammenhang klar unterschätzt habe.“

7. Das Fazit

Ich halte ausdrücklich fest und hoffe es nicht dauern hören zu müssen: Der überwiegende Teil jener Personen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, verhält sich korrekt. Doch es gibt Missbräuche. Es gibt kriminelle Energie im Rahmen von etwa 5 Prozent der Bezüger.

Auch in Arbon muss deshalb das Instrument des Sozialdetektivs eingeführt werden. Das heisst:

- a. Der Stadtrat hat einen entsprechenden Beschluss zu fassen und bekanntzugeben.
- b. Die Aufgabe des Sozialdetektivs ist öffentlich auszuschreiben, damit eine kompetente externe Lösung gefunden werden kann.
- c. Im Geschäftsbericht ist jährlich über den Einsatz des Sozialdetektivs zu berichten.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und die Unterstützung.

Max Gimmel, FDP/DKL: Die FDP/DKL-Fraktion will die Motion nicht für erheblich erklären. Wir begründen dies wie folgt:

1. Die Motion verlangt eine Kontrolle durch externe Personen. In der Beantwortung der Motion schreibt der Stadtrat in den Schlussfolgerungen: „*In begründeten Fällen kann heute schon der Beizug eines Sozialdetektivs indiziert sein. Angebote von spezialisierten Firmen liegen dem Sozialamt vor.*“ Daraus schliessen wir, dass der Stadtrat bereits über die rechtlichen Voraussetzungen verfügt
2. Arbon hat als einzige Thurgauer Gemeinde das DOK. Alle arbeitslosen Sozialhilfebezüger werden genau überprüft, ob sie einer Beschäftigung im DOK nachgehen können. DOK ist nicht blass eine Beschäftigungsplattform, sondern ein sehr wichtiges Kontrollinstrument, das den Kontakt zu den Sozialhilfebezügern sehr eng hält. 2/3 der arbeitslosen Sozialhilfebezüger sind regelmässig im DOK und somit auch unter einer intensiven Kontrolle. 1/3 kann nicht ins DOK eingegliedert werden, ist zum Teil bei anderen Institutionen eingegliedert, wo eine intensivere Betreuung erfolgen kann. Somit ist der Personenkreis sehr klein und gut überschaubar, wie auch kontrollierbar in den monatlich stattfindenden Klientenkontakten. Auch sie erhalten nicht einfach den Check vom Sozialamt und fahren dann mit dem Porsche davon.
3. Die Mitarbeitenden der Sozialen Dienste haben deshalb einen sehr guten Einblick in die Verhältnisse der Antragssteller. Sie können bei Bedarf Hilfe in Anspruch nehmen, sie ist bereits gewährleistet.
4. Die Wahrnehmung gegen aussen: Sie ist dann wichtig, wenn Verdacht auf Missbrauch besteht. Wenn aber durch die bereits intensive interne Kontrolle dieser Verdacht nicht besteht, kann sie gar nichts nützen. Eine präventive Wirkung besteht gar nicht in diesem Fall, denn die Triage erfolgt beim ersten Gespräch, beim Einfordern der Unterlagen: Dort müssen die Antragssteller merken, dass die Sache ernst ist, und zwar sehr ernst, das erfordert Zeit und Ressourcen. Keine Sozialhilfebehörde beauftragt zuerst einmal einen Detektiv und schaut nachher, ob etwas dran ist. Ein Detektiv wird eingeschaltet, wenn der Verdacht auf Betrug nicht durch die üblichen Abklärungen entkräftet werden kann. Und diese Möglichkeit besteht heute bereits.

Aus diesen Gründen sind wir der Ansicht, dass die Motion nicht erheblich erklärt werden muss. Wir finden aber auch, diese Diskussion sollte nicht politisch geführt werden.

Dem DOK Arbon wird aus unterschiedlichen Kreisen immer noch sehr viel Misstrauen entgegengebracht. Wir wurden von den Sozialen Diensten zu einer Informationsveranstaltung eingeladen, in der uns der Ablauf für eine Aufnahme im DOK sehr genau dargestellt wurde. Wir konnten erkennen, der Spielraum für Betrug ist extrem gering. Er ist nicht auszuschliessen, aber er ist auch erkennbar, denn der Vorlauf für die Antragsteller ist aufwendig und kompliziert, die Kontrolle ist spürbar. In diesem Sinne unterstützen wir die Mitarbeitenden der Sozialen Dienste, dass sie die Arbeit weiterhin aufmerksam und kompetent weiterverfolgen.

Margrit Bollhalder Schedler, SVP: Ich kann als Mitglied der Sozialhilfebehörde nicht nachvollziehen, weshalb sich der Stadtrat gegen die Kontrolle der Leistungsbezieher von Sozialhilfe durch externe Sozialinspektoren und gegen einen entsprechenden Beschluss ausspricht.

Der Beizug eines Sozialdetektivs beinhaltet doch die Möglichkeit, die Sozialarbeitenden von ihrer Arbeit zu entlasten und schwierige Fälle zu delegieren. Eine neue Stelle muss dafür nicht geschaffen werden, da es sich um eine kompensatorische Verschiebung des Zeitaufwandes von den Sozialarbeitenden zu einem Sozialdetektiv handelt und demzufolge kostenneutral sein dürfte. Im Gegenteil: Die Erfahrungen aus andern Gemeinden zeigen, dass ein Sozialdetektiv allein durch die präventive Wirkung Einsparungen erzielen kann.

Mich irritiert die Antwort des Stadtrates in einigen Punkten. Es ist richtig, dass regelmässig Klientenkontakte mit den Sozialarbeitern stattfinden. Dies bedeutet aber noch lange nicht, dass bei diesen Kontakten in jedem Fall beurteilt oder sofort erkannt werden kann, ob Sozialhilfegelder missbräuchlich verwendet werden.

Bei der jährlichen Prüfung durch die Sozialhilfebehörde werden, nicht zuletzt aus zeitlichen Gründen, ca. 15 Stichproben gemacht. Wie soll denn bei dieser Gelegenheit, in Anbetracht der Tatsache, dass zurzeit ca. 370 Fälle aktiv sind, ein Missbrauch ausgemacht werden? Das wäre ein reiner Zufall.

Der Stadtrat räumt Vorkommnisse ein, bei denen Sozialhilfegelder missbräuchlich verwendet wurden, und macht geltend, dass neue Fälle, Kürzungs- und Einstellungsentscheide der Sozialhilfebehörde vorgelegt werden. Das hat aber überhaupt nichts damit zu tun, dass dadurch generell Missbräuche durch die Sozialhilfebehörde aufgedeckt werden können. Das ist auch nicht deren prioritäre Aufgabe.

Vergessen wir nicht: Wer zu Unrecht Leistungen bezieht, oder die erbrachten Leistungen zweckentfremdet einsetzt, bezieht öffentliche Gelder, die nicht für den verwendeten Zweck vorgesehen sind. Damit entzieht er der Öffentlichkeit unrechtmässig öffentliche Mittel. Die Bekämpfung von Missbräuchen dient demzufolge auch dem Schutz der Rechtsordnung.

Wer Sozialhilfe missbraucht, bedient sich nicht bei einer anonymen Kasse, sondern beim Gemeindehaushalt, der von Steuergeldern gespeist wird. Deshalb treffen diesbezügliche Missbräuche die „Volksseele“ sehr direkt und darum reagieren viele Bürger auf Missbräuche im Sozialwesen so empfindlich.

Wenn wir Missbräuche mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen, schaffen wir damit auch die Voraussetzung, den Solidaritätsgedanken der Bürger mit den ehrlichen Unterstützungsbedürftigen zu stützen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen: 15 Personen unter ihnen haben die Motion von Andrea Vonlanthen im Dezember 2009 unterzeichnet und die Problematik erkannt. Ich gehe davon aus, dass sie ihre Meinung nicht geändert haben und nun der Erheblicherklärung dieser Motion zustimmen und danke ihnen für ihre Unterstützung.

Ueli Troxler, SP und Gewerkschaften: Diese Motion ist unnötig. Die enge Kontrolle und die differenzierte Arbeit unseres Sozialdienstes bietet schon heute die beste Gewähr gegen Missbrauch in der Sozialhilfe. Primär geht es darum, die Menschen, die in Not geraten sind, innert nützlicher Frist wieder zu Selbständigkeit zu bringen. Da braucht es primär Vertrauen und professionelle Zusammenarbeit. Misstrauenspolitik, wie sie vom Zentralkomitee der Kantonalen SVP angeordnet wurde, die auch zu dieser Motion geführt hat, die ist menschenverachtend und diskriminierend. Es diskriminiert Leute, die auf Hilfe angewiesen sind. Unrechtmässiger Bezug von Sozialhilfegeld kann und wird schon heute strafrechtlich sanktioniert. Da brauchen wir nicht noch zusätzlichen Aufwand, wie sie auch aus der Stellungnahme des Stadtrates entnehmen können. Denken sie daran: Nicht die Armen verursachen die Wirtschaftskrise, sondern sie sind die Opfer. Wer hat die Milliarden in den Sand gesetzt und dafür noch Boni erhalten? Achten wir auf ein gutes Sozialklima, das nicht von Misstrauen belastet wird. Treten sie deshalb nicht auf diese Motion ein. Vielleicht noch eine Bemerkung: Vielleicht haben sie den letzten Beobachter gelesen und gesehen, das Sparen im Sozialwesen führt dazu, dass man sogar versucht das Geld mit komischen Mitteln bei der Arbeitslosenkasse zu holen, damit die Gemeinde nicht bezahlen muss.

Rita Anderes, CVP/EVP: Die Motion betreffend Sozialdetektive haben auch ein paar Mitglieder der CVP/EVP-Fraktion unterschrieben. Es war uns wichtig einige Punkte genau abzuklären. In meiner Arbeit in der Sozialhilfekommission ärgere ich mich manchmal auch über gewisse Klientel. In der Meinung, diese ändern zu können, müssen wir uns aber vielfach geschlagen geben, das Gesetz schreibt sehr vieles vor. Schwerwiegende Missbräuche im Bereich der Sozialleistungen sind aus der Sicht des Sozialtätigen eher die Ausnahme, werden jedoch politisch und in den Medien als Norm präsentiert. Die rechtlichen Grundlagen für die Leistungsabklärungen basieren auf den schweizerischen SKOS-Richtlinien. Zusätzlich haben wir hier in Arbon Richtlinien erarbeitet, die diese SKOS-Richtlinien ergänzen und präzisieren.

Sozialhilfeempfänger sind verpflichtet, über ihre wirtschaftlichen Verhältnisse wahrheitsgetreu Auskunft zu geben und die notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Das Sozialamt muss von Amtes wegen die notwendigen Prüfungen vornehmen. Die Organe der Sozialhilfen sind schon jetzt berechtigt, die erforderlichen Auskünfte auch bei Dritten einzuholen, wenn ein Missbrauch

vermutet wird. Beispielsweise kann das Sozialamt bei einem Arbeitgeber überprüfen ob die Bewerbung tatsächlich erfolgt ist. Gemäss Sozialhilfegesetz Art. 6 kann die Unterstützung mit Auflagen und Weisungen verbunden werden. Abgeleitet von diesem Artikel kann das Sozialamt die vorgelegten Angaben unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte jederzeit überprüfen.

Eine weitergehende, gesetzliche Grundlage ist meines Erachtens im Moment nicht notwendig, zumal die Sozialversicherung dies heute bereits praktiziert. Wie in der Antwort des Stadtrates erwähnt, werden alle möglichen Abklärungen schon jetzt in Arbon gemacht. Zuerst muss eine Checkliste am Schalterdienst ausgefüllt werden, erst dann ist eine Anmeldung überhaupt möglich. Es werden die Kontoauszüge der letzten vier Monate eingefordert, auch diejenige der Partnerin oder des Partners. Erst dann entsteht der erste Kontakt mit dem Sozialarbeiter. Es wird alles nochmals nachgefragt, es wird zu verschiedenen Zeiten eingeladen, alle Klienten, einmal im Monat, die Jüngeren sogar zweimal pro Monat, dies mit der Begründung, sie zu motivieren und so schnell wie möglich wieder in die Arbeitswelt zu integrieren. Diese intensive Arbeit der sozialen Dienste hilft bestimmt, die Missbrauchquote verschwindend klein zu halten.

Ich bin mir nicht so sicher, ob alle wissen, wie ein Sozialdetektiv vorgehen muss. Er darf nicht einfach so an einer Haustüre klingeln und um Einlass bitten, oder Kontrollfragen stellen. Er braucht einen Auftrag der Sozialen Dienste, liest sich dann ins Dossier ein und braucht sehr viel Zeit für Recherchen. Dieser Aufwand muss auch bezahlt oder abgegolten werden. Ich glaube nicht, dass das hier bei uns in Arbon notwendig ist.

Immer wieder wird auch in der Bevölkerung über die Sozialhilfe diskutiert und schnell einmal wird ein Urteil gemacht, das nicht ganz der Realität entspricht. Darum meine Bitte an sie alle, sollten sie einen Verdacht haben, oder meinen sie zu wissen, dass eine Person unrechtmässig Sozialhilfe bezieht, melden sie das bitte der Leitung des Sozialamtes. Es ist wesentlich hilfreicher, solche Hinweise zu geben, damit das überprüft werden kann. Stammtischverurteilungen machen nur schlechte Stimmung und verändern gar nichts.

Im Jahr 2012 wird ein neues Bundesgesetz diskutiert, wird dieses angenommen, kann die Zusammenarbeit mit den Sozialämtern, mit dem Konkursamt, mit der Steuerbehörde und dem Arbeitgeber nochmals verstärkt werden. Eine hundertprozentige Sicherheit wird es allerdings auch mit den neuen Mitteln nicht geben.

Aus all diesen Gründen wird die grosse Mehrheit der CVP/EVP-Fraktion die Motion für nicht erheblich erklären.

Bernhard Bertelmann, SP und Gewerkschaften: Zuerst ein Zitat aus dem Pressedienst der SVP. „Unsere Kultur beruht auf Grundsätzen wie Recht und Ordnung, Zivilcourage, Freiheit und Eigenverantwortung und nicht auf Misstrauen, Denunziantentum und Bespitzelung.“

Gerne spricht die SVP vom mündigen Bürger und Eigenverantwortung. Leider jedoch nur, wenn es um die Rechte der sehr Vermögenden geht. Für Menschen mit wenig Geld oder solchen, die von der Sozialhilfe abhängig sind, gilt dies wohl nicht.

Was die Armen betrifft, so wird immer mehr der gläserne Mensch gefordert, der den Behörden bis ins letzte Detail über sich und sein Privatleben Auskunft geben muss. Zusätzlich sollen nun Privatdetektive deren Leben ausleuchten.

Wie würde die SVP reagieren, wenn jetzt unser Steueramt Steuerdetektive einsetzen würde, die wenn möglich gar auf Provisionsbasis durch unsere Gemeinde streifen und Kontrollen durchführen würden? Ich glaube, wir sind uns einig, nein danke, das wollen wir nicht.

Es geht darum, Recht und Ordnung konsequent durchzusetzen und nicht Denunziantentum und Bespitzelungen (Zitat) einzuführen.

Es geht hier um die freiheitliche, liberale Idee des mündigen, freien und besonders auch gleichberechtigten Bürgers und ich bitte das Parlament, sich auf diese schweizerischen Werte zu

besinnen und die Motion als unerheblich zu erklären.

Max Gimmel, FDP/DKL: Ich habe eine Frage an die Stadträtin Heidi Wiher-Egger. Wir haben jetzt die Voten gehört von zwei Sozialhilfebehördenmitgliedern, Rita Anderes und Margrit Bollhalder Schedler. Aus dem Votum von Margrit Bollhalder Schedler entnehme ich, dass der Verdacht von Missbrauch doch relativ häufig besteht. Meine Frage lautet deshalb: Ist in der Vergangenheit der Sozialhilfebehörde der Antrag auf Einbezug eines Sozialdetektivs gestellt worden? Wenn ja, wie hat sich das Ressort dem gegenüber verhalten?

Stadträtin Heidi Wiher-Egger: Ich habe auch noch etwas vorbereitet und das wäre inhaltlich jetzt etwas vorgeholt, was Max Gimmel mich fragt. Natürlich haben wir Missbräuche. Wir haben in der Antwort auch nicht geschrieben, dass es in der Stadt Arbon keine Missbräuche gibt. Ich habe eine Liste, die ist betitelt mit "Missbräuchliche Rückerstattung Soziale Dienste Arbon".

Die Aufstellung sieht so aus: Seit 1.8.2005 führen wir eine Liste mit Missbräuche von Sozialhilfegeldern und deren Rückerstattung. Darin sind seither insgesamt 26 Fälle registriert. Jetzt müssen sie hören: 2005 waren 20 Fälle von Missbräuchen, die geahndet wurden. Bezeichnend und aussagekräftig ist das Jahr 2005. Der Zusammenhang mit der damaligen Reorganisation der Abteilung Soziales ist klar ersichtlich und ich verweise nochmals auf die Erwägungen beizuwenden die Strukturen in unserer Beantwortung der Motion. Die Strukturen genügen, Personal, Arbeitsabläufe, monatliche bis zweimal monatliche Kontakte, Kontrollen, straff geführte Abteilung. Die restlichen Fälle, denen nachgegangen wurde, die kontrolliert wurden, sind 2006 ein Fall, 2007 zwei Fälle, 2008 zwei Fälle, 2009 ein Fall, 2010 ein Fall bis dato. Es kam auch zu zwei Anzeigen unsererseits. Der Untersuchungsrichter hat Anklage gemacht und die Angeklagten sind verurteilt worden. In einem Fall bekamen wir eine grössere Summe retour. Ich kann ihnen auch die Summe nennen, 2005 sind eingetrieben worden Fr. 189' 305.45. Es fehlen uns leider noch Fr. 115'650.— und das ist von den Vorjahren, als die Strukturen in der Abteilung Soziales, wie ich sie angetreten hatte, nicht so perfekt waren. Die Eintreibung ist aber auch etwas sehr Schwieriges, auch wenn die Leute verurteilt worden sind, ist es nicht so, dass sie plötzlich das Geld haben, das haben sie natürlich ausgegeben, das ist ja klar. Sie beziehen meistens weiterhin Sozialhilfe, die wird ihnen dann natürlich einige Monate oder länger gekürzt um 15 bis 20 Prozent. Das war auch die Auskunft von Bülach. Ich habe da schon noch einige Sachen, die ich gerne beantworten würde, möchte aber eigentlich warten, bis ich alle ihre Stellungnahmen gehört habe. Das ist vorerst meine Antwort an Max Gimmel.

Riquet Heller, FDP/DKL: Ich stelle fest, dass die Frage von Max Gimmel immer noch nicht beantwortet worden ist, ob je von der Stadt Arbon ein Sozialdetektiv beauftragt worden ist, eine externe Person. Ich möchte, dass das schon noch beantwortet wird. Zur Motion halte ich fest, dass offensichtlich keine Pflicht zur Überprüfung jedes Falles oder verdächtigen Fällen, die allenfalls betrügerisch sein könnten, ein Detektiv eingesetzt wird, aber dass es bereits jetzt möglich ist. Deshalb ist die Frage von Max Gimmel sehr berechtigt, ob tatsächlich schon externe Personen mit der entsprechenden Überwachung beauftragt worden sind? Zu dieser Überwachung durch eine externe Person stelle ich fest, dass diese Person sehr wenig kann, denn dazu ist die Gemeinde einfach nicht befugt. Nämlich die Abklärung, ob betrügerisch gehandelt wird, obliegt nicht den Gemeinden, sondern dem Kanton, via das Bezirksamt. Demzufolge sind nur Massnahmen möglich, die allgemeiner Natur sind, wie mehrfach erwähnt, die Überwachung, das ist möglich. Wir können alle im Dorf herumschweifen, wie du es erwähnt hast, Bernhard Bertelmann, Mitbürger können Meldungen erstatten. Ich bitte sie, das nicht zu verpören als Denunziantentum, sondern das ist Mithilfe bei dem Vollzug öffentlicher Aufgaben, das kann man tun. Was man aber nicht tun kann, sind Häuser zu durchsuchen. Da haben wir Bürger das Hausrecht. Wir können auch nicht irgendwelche Sachen beschlagnahmen, wie wir meinen es sei etwas Gutes. Zum Beispiel, den Porsche mit dem jemand wegfährt, den einfach zu beschlagnahmen, das geht einfach nicht. Ebenso wenig können wir Dritte zu Auskünften zwingen, das obliegt auch nicht den Gemeinden. Das einzige was man machen kann, höflich anfragen. Das kann man aber auch, da gebe ich Heidi Wiher-Egger Recht, vom Büro aus, indem man dort entsprechende Abklärungen trifft, beim Arbeitgeber anfragt, den Nachbar, fragt ob er etwas sagen möchte zu einer bestimmten Frage. Zwingen kann man niemanden, namentlich kann man keine Zeugen einvernehmen. Die Möglichkeit dieses Detektivs ist sehr klein. Speziell unklug fände ich es, wenn man die betreffende Person publikumsmässig, publikumswirksam, wie es vorgeschlagen wird, bezeichnen würde. Dann weiss man sofort, welcher Mann oder welche Frau, die

da Detektiv ist und ich werde, wenn ich entsprechender Betrüger bin, mich entsprechend sorgfältig benehmen, wenn diese Person auftaucht. Es darf also nicht so sein, wie du es vorgeschlagen hast, Andrea Vonlanthen, dass man diese Person bezeichnet und dann nachher noch in der Zeitung publik macht, damit jedermann weiss, wir haben jetzt einen Sozialdetektiv, sondern das muss natürlich verdeckt vor sich gehen. Demzufolge ist dies eine kaum wirksame Prestigesache, hier zu punkten. Weiters stimmt schon, was Bernhard Bertelmann auch gesagt hat, ein Franken in der Stadtkasse, der unberechtigt die Stadtkasse verlassen hat, ist identisch mit dem Franken der unberechtigt nicht in die Stadtkasse gekommen ist. Sämtliche Argumente, die wir möglicherweise für den Sozialdetektiv einsetzen, gelten auch für einen Steuerdetektiv und da bin ich ebenfalls entschieden der Meinung, wir sind freie Bürger und haben dies nicht nötig, mindestens das Klima in der Schweiz ist diesbezüglich noch intakt. Dann unterstütze ich auch, was Rita Anderes gesagt hat, man hat immer mit Missbrauchskoeffizienten zu rechnen. Das hat man überall, jeder Käufer, jeder Laden hat mit Ladendiebstahl zu arbeiten, jeder Händler hat mit Leuten, die unehrlich sind, zu kämpfen, wenn seine Schulden, seine Debitoren nicht bezahlt werden, das hat aber nicht zur Folge, dass man den Laden schliesst und sämtliche Mittel in die Sicherheit steckt. Das ist ein politisches, geschäftsmässiges Abwägen, was will man noch zulassen. Wenn man sehr streng ist im Sozialbereich, bitte ich sie, das zu berücksichtigen, dass es eine politische Wertung wäre und das würde ich nicht als besonders geschickt betrachten, sondern ich meine, wir sollten generell Sorge tragen zum Franken, der in der Steuerkasse ist. Darum neige ich dazu, die Motion, in Anbetracht der noch ausstehenden Ausführung der Stadträtin, ob sie allenfalls nicht doch gewillt wäre, solche Mittel einzusetzen in begründeten Fällen, die Motion abzulehnen.

Stadträtin Heidi Wiher-Egger: Wir haben keinen Sozialdetektiv angestellt und auch nicht beauftragt. Die Arbeit machen die Sozialarbeitenden selber. Sie gehen auch nach Hause, unregelmässige Besuche machen und so weiter. Ich möchte nicht alles verlängern, ich denke es ist eine so schwierige Angelegenheit, die irgendwie inhaltlich und materiell schwierig zu vollziehen ist. Schon in der Sozialhilfebehörde, wenn ich Margrit Bollhalder Schedler darauf ansprechen kann, sie war die letzten zwei Mal nicht in der Sozialhilfebehörde anwesend, wir wissen, Rita Anderes hat das auch gesagt, wie schwierig und wie ärgerlich es manchmal auch von unserer Seite ist, in der Behörde. Ich weiss es einfach auch nach meinen Erlebnissen in den sieben Jahren, dass man auch strikte sein kann und auch eine Überwachung machen kann. Mit der Firma Dock, das wurde richtig formuliert, haben wir eine grosse, sehr grosse Kontrolle. Ich möchte eigentlich nicht mehr Weiteres dazu sagen, obwohl ich noch Argumente zusammengetragen habe, aber ich glaube, es bringt nichts.

Margrit Bollhalder-Schädler, SVP: Ich habe nur zwei kurze Bemerkungen zu machen. Die eine zu Heidi Wiher-Egger: Ich war tatsächlich zwei Mal nicht anwesend, traue mir aber trotzdem zu, zu meinen Aussagen zu stehen. Auch wenn ich zwei Mal nicht dabei war, weiss ich trotzdem, was in der Sozialbehörde läuft.

Dann zum Votum von Ueli Troxler: Ich verwahre mich in aller Form dagegen, dass uns unterstellt wird, wir würden menschenverachtende und eine diskriminierende Politik betreiben. Solche Anschuldigungen und Aussagen empfinde ich als total respektlos.

Andrea Vonlanthen, SVP: Ich komme nicht darum herum, zwei, drei Bemerkungen zu beantworten. Zuerst jene unserer Stadträtin Heidi Wiher-Egger, die so sagt: Wir schaffen schon, was andere nicht schaffen, wir machen das selber in Homearbeit. Tönt für mich schon ein bisschen nach kostspieliger Überheblichkeit. Das ist ihre Pflicht, die Pflicht ihrer Leute genau zu kontrollieren. Es geht aber darum, wenn schwerwiegender Missbrauchsverdacht durch eine noch bessere Überwachung angegangen werden kann und das wird in Arbon nicht gemacht.

Wenn die CVP so indirekt die Parlamentsmitglieder als Sozialdetektive beauftragt, dann ist das schon etwas sehr blauäugig und zwar habe ich gehört: Geht hin, meldet was ihr seht und so weiter. Ist das kein Denunziantentum? Dass die CVP/EVP eine hohe Ethik verfolgt, das ist sehr beachtlich, aber trotz hoher Ethik gibt es die kriminelle Energie, das hören wir an jedem anderen Ort, die Missbräuche kennen und die Sozialdetektive anschaffen. Wenn wir das in Arbon nicht haben, können wir die Polizei abschaffen und Roland Schöni kann in Zukunft angeln gehen.

Die SP, wenn ich das so höre, menschenverachtend und diskriminierend, ich hoffe, dass die Medien das aufnehmen, dass das die Leute in Kreuzlingen und Frauenfeld lesen, das sind ja Sozialdemokraten in der Leitung, da sind Freisinnige in der Leitung, die wird's schon sehr freuen, wenn sie hören, dass sie eine diskriminierende und menschenverachtende Arbeit tun.

Ich muss es einfach noch einmal sagen, wir haben in Arbon, FDP, entschuldige Max Gimmel, dass ich dich nicht erwähnt habe. Du sagst auf der einen Seite, wir haben ja die rechtliche Voraussetzung, wir könnten es machen, auf der anderen Seite ist es nicht nötig, da wir ja das Dock haben. Das Dock, das weiss jeder, nimmt einen kleinen Teil von möglichen Sozialhilfebezügern auf und nicht eine Mehrheit der 370, die Margrit Bollhalder Schedler erwähnt hat. Wenn die FDP sagt, man würde Misstrauen fördern, denke ich, wird das ins Gegenteil verkehrt. Misstrauen herrscht heute, weil eben die letzte, konsequente Kontrolle fehlt.

Mein Fazit: Man will nicht, offensichtlich, weil der Vorstoss aus der falschen Ecke kommt, darum zitiert man ja auch so schöne weise Worte. Man will nicht, weil man lieber die Augen verschliesst. Wir kennen das, deshalb haben wir derart hohe Sozialkosten, derart haben wir finanzpolitisch sonnige Verhältnisse, weil wir eben sehr gerne die Augen verschliessen. Ich möchte noch einmal sagen, mit dem Sozialdetektiv schaffen wir keine neue Erfindung. Wir machen das, was andere mit gutem Erfolg machen und das andere nicht mehr abschaffen würden. Ist Arbon tatsächlich ein Wunderland ohne Missbrauch, das alles selber schafft, wie es die Stadträtin meint. Ich bin überzeugt, dass es nicht so ist und ich bin überzeugt, dass ihre Wählerinnen und Wähler das auch anders sehen.

Inge Abegglen, SP und Gewerkschaften: Ich stelle den Antrag, dass das Eintreten beendet ist.

Präsidentin Claudia Zürcher: Das ist ein Ordnungsantrag und wir stimmen darüber ab.

Da es eine Diskussion ist, ist es kein Eintreten und somit kein Ordnungsantrag.

Rita Anderes, CVP/EVP: Es ist wirklich nur ganz kurz, aber alles möchte ich nicht auf der CVP/EVP, vor allem auf mir sitzen lassen.

Lächerliche Aussagen, höre ich von Andrea Vonlanthen. Ich finde das auch eine Anmassung, ganz klar. Blauäugig lasse ich nicht auf mir sitzen. Erstens habe ich braune Augen seit meiner Geburt und zweitens finde ich es ebenfalls eine Anmassung von dir, jedes Mal die CVP/EVP-Fraktion in die Schranken zu weisen.

Die Motion, die wir unterschrieben haben, ich habe das eingangs meiner Voten erklärt, die Motion, einfach für die paar Zuschauer, die hier noch sitzen, die geht in Umlauf während der Sitzung. Wir haben kaum die Möglichkeit, diese konsequent und konzentriert während einer Sitzung durchzulesen. Wir haben unterschrieben genau mit diesem Vorsatz: Ich möchte dass das genau angeschaut und geprüft wird. Auch wenn Margrit Bollhalder Schedler sagt, sie hoffe, dass alle fünfzehn wieder dafür sind und nicht noch einen Rückzieher machen, finde ich ebenfalls eine lächerliche Aussage.

Augen offen halten, mein letztes Wort, nicht wegschauen, einen Hinweis geben, das hat noch niemandem geschadet, auch nicht uns Parlamentarier. Es geht genau so ums Littering und Roland Schöni werden wir nach wie vor brauchen. Ich habe geschlossen.

Max Gimmel, FDP/DKL: Nur ein Wort, respektive zwei Worte zur Berichtigung. Andrea Vonlanthen sagt, dass im Dock weniger als die Hälfte der Sozialhilfebezüger angestellt sind. Wir haben in der Veranstaltung vom Dock gehört, dass rund zwei Drittel der Sozialhilfebezüger beim Dock angestellt sind. In diesen zwei Dritteln sind natürlich auch die Bébés und die Kinder und Frauen, die nicht arbeiten können, weil der Mann eben beim Dock ist, eingeschlossen. Rein zahlenmäßig, die Angestellten beim Dock, die sind sicher kleiner als die Anzahl der Fallzahlen, die an der Sozialhilfe hängen. Aber von denen, die erwerbstätig sind, oder erwerbstätig sein können, sind eben zwei Drittel beim Dock angestellt. Die Fallzahlen, die hier sind, beinhalten auch Familien und deshalb erscheint die Zahl Dock wesentlich kleiner als die zwei Drittel von den rund 298 Fallzahlen im Jahr 2008.

Das Andere ist, was ich eben gefragt habe und was mich doch noch interessieren würde, ist von der Sozialhilfebehörde der Antrag gestellt worden auf einen Sozialhilfedetektiv? Das habe ich gefragt, weil ich aus dem Votum von Margrit Bollhalder Schedler gehört habe, dass da Misstrauen besteht und ich wollte einfach wissen: Meldet sich da jemand der Sozialhilfebehörde und sagt, da müssen wir etwas unternehmen, ist dieser Antrag schon gekommen?

Stadträtin Heidi Wiher-Egger: Das ist bestimmt so. Wir haben das ja erklärt, dass wir das machen können. Wir haben bis jetzt keinen Antrag gebraucht, weil wir ja auch ahnden

Präsidentin Claudia Zürcher: Ich möchte noch einmal zurückkommen auf Art. 37 der Geschäftordnung des Arboner Stadtparlaments. Dort heisst es: Anträge, die das Verfahren betreffen, sind Ordnungsanträge. Wird während der Beratung ein Ordnungsantrag gestellt, wird die Beratung in der Sache selbst unterbrochen und vorerst über den Ordnungsantrag diskutiert und abgestimmt. Ist das keine Beratung in diesem Sinne?

Silke Sutter Heer, FDP: Es war ein Ordnungsantrag, das ist unbestritten, aber es gibt bei der Motion kein Eintreten und es wurde der Antrag gestellt, das Eintreten abzuschliessen. Und stelle nun den Antrag hoffe ich, Inge Abegglen zitierend, zurück zu Gunsten, meine, dass nun über die Erheblichkeit oder Nichterheblichkeit der Motion abgestimmt wird und damit die Diskussion abgeschlossen wird. Die Diskussion wird geschlossen und abgestimmt, das ist der Ordnungsantrag.

Inge Abegglen, SP und Gewerkschaft: Ich ziehe zu Gunsten von Silke Sutter Heer den Antrag zurück.

://: **Dem Antrag zur Schliessung der Diskussion wird grossmehrheitlich stattgegeben**

://: **Die Motion von Andrea Vonlanthen betreffend „Einführung von Sozialdetektiven“ wird mit 19 zu 9 Stimmen als nicht erheblich erklärt.**

8. Mündliche Zwischenberichterstattung von Stadträtin Veronika Merz betreffend Motion von Konrad Brühwiler, SVP „Erarbeiten von Grundlagen für die Videoüberwachung in der Stadt Arbon“

Präsidentin Claudia Zürcher: Die Motion von Konrad Brühwiler, SVP wurde an der Parlamentssitzung vom 9. September 2008 eingereicht und an der Sitzung vom 10 März 2009 als erheblich erklärt.

Der Stadtrat gab an dieser Sitzung kund, er wolle die Motion gerne im Sinne einer Aufgabe, die er in weniger als zwei Jahren zu lösen bereit sein wird, entgegen nehmen. Mit dem Ziel, durch ein neues Polizeireglement eine umfassendere Lösung als die Grundlagen für die Videoüberwachung zu schaffen. Heute erstattet uns Stadträtin Veronika Merz einen mündlichen Zwischenbericht.

Stadträtin Veronika Merz: Gerne komme ich der Pflicht nach, Ihnen einen kurzen Zwischenbericht über den Stand der Dinge in Sachen Motion Videoüberwachung zu erstatten.

Nachdem das Stadtparlament am 10. März 2009 die Motion für erheblich erklärt und gleichzeitig die Schaffung eines Polizeireglements begrüsst hatte, wurden im Ressort und Abteilung Einwohner & Sicherheit die Vorarbeiten in Angriff genommen. Am 8.6.2009 erteilte der Stadtrat der Abteilung Einwohner & Sicherheit den Auftrag, ein Reglement über die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu erarbeiten, das den Begriff Polizeireglement ersetzt.

Zielsetzung war und ist es, in diesem Reglement alle Belange der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zusammenzuführen. Wie sich rasch zeigte, ist es für den Stadtrat ein wichtiges Anliegen, die Regelung der Nutzung des öffentlichen Raumes transparent und an einem Ort zusammengeführt aufzuzeigen. Zurzeit bestehen relativ viele verschiedene Richtlinien, Merkblätter und

Einzelregelungen, die für die Bürgerinnen und Bürger oft zu wenig direkt greifbar und nachvollziehbar sind.

Als zeitliche Zielsetzung gab der Stadtrat Juni 2011 vor, das wäre die Inkraftsetzung des Reglements. Das Projekt war klar strukturiert und die Terminplanung realistisch. Nach diesem Fahrplan hätte bereits zum heutigen Zeitpunkt dem Parlament ein Entwurf vorgelegt werden müssen. Dies erwies sich dann aber im Herbst letzten Jahres aus Gründen der personellen Ressourcen als nicht realisierbar.

Die Arbeitsgruppe setzt sich aus Mitarbeitenden aus den Abteilungen Einwohner & Sicherheit und Bau sowie dem Rechtsdienst zusammen. Im Sommer 2009 gingen wir die Arbeiten zügig an, mussten dann aber im Herbst eine klare Zäsur einlegen, da die Mitarbeit aus der Abteilung Bau aus Gründen der Überlastung nicht mehr möglich war.

Ein wesentlicher Teil des Reglementsentwurfs liegt bereits vor. Dieser soll nun in der Sommerpause, dieses Jahres, weiter bearbeitet werden, so dass der Entwurf im Herbst in eine breite interne und dann auch externe Vernehmlassung gehen kann.

Es ist also nicht so, dass wir inhaltlich stecken geblieben wären oder das Vorhaben leichtfertig auf die lange Bank geschoben hätten. Wir sind nach wie vor überzeugt, dass mit diesem Reglement eine für Arbon sehr wichtige Grundlage geschaffen wird, die viele Fragen der Nutzung des öffentlichen Raumes und der Regeln klärt, die wir uns dafür geben. Wir werden deshalb das Vorhaben mit Elan erneut angehen und Ihnen nach der Vernehmlassung ein durchdachtes, umfassendes Reglement vorlegen. Wir danken Ihnen für das Verständnis und die Geduld.

9. Fragerunde

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Es liegen drei vorzeitig eingereichte Fragen vor. Die erste Frage stammt von Werner Keller, FDP/DKL betreffend „Kosten Überarbeiteter Voranschlag Urnenabstimmung am 11. Juli 2010“.

Werner Keller, FDP/DKL: Am 11. Juli findet die Urnenabstimmung für den überarbeiteten Voranschlag 2010 statt.

Viele Stimmbürger/innen und ich haben in diesem Zusammenhang folgende Fragen an den Stadtrat:

1. Frage

Welche Kosten entstehen im Zusammenhang mit dieser Abstimmung für die Stadt Arbon?

Sitzungen Stadtrat	Fr.
Sitzungen FGK	Fr.
zusätzliche Fraktionssitzungen	Fr.
Bürositzung	Fr.
Parlamentssitzung	Fr.
Druck-, Versand- und Portokosten	Fr.
Abstimmungswochenende / Stimmenzähler	Fr.
 	Total
		Fr.
		=====

2. Frage

Wie hoch ist der Zeitaufwand von Verwaltung, Stadtrat und Parlament?

Stadtammann Martin Klöti: Folgende Kosten fallen an:

Sitzungen Stadtrat	Fr. 1'600.—
Sitzungen FGK	Fr. 3'500.—

Zusätzliche Fraktionssitzungen	Fr.	2'900.—
Bürositzung	Fr.	495.—
Parlamentssitzungen	Fr.	3'125.—
Druck-, Versand- und Portokosten (Druck Stimmausweise ca. Fr. 2'500.—, Portokosten ca. Fr. 4'600.—, Druck VO Fr. 3'500.—)	ca.	Fr. 10'600.—
Abstimmungswochenende / Stimmenzähler	ca.	Fr. 2'700.—
Total		Fr. 24'920.—

2. Wie hoch ist der Zeitaufwand von Verwaltung, Stadtrat und Parlament?

Exakt kann der Zeitaufwand von Verwaltung, Stadtrat und Parlament nicht beziffert werden.

- Der SR beschäftigte sich an seinen ordentlichen und an zwei ausserordentlichen Sitzungen mit der Überarbeitung des Voranschlags (7 ½ Std.)
- Das Büro Stadtparlament hielt eine ausserordentliche Sitzung ab (1 ½ Std.)
- Die FGK tagte an drei zusätzlichen Sitzungen (7 Std.) / einen grossen Mehraufwand hatte insbesondere die Präsidentin der FGK mit der Erarbeitung eines zusätzlichen Berichts
- Pro Fraktion wurde zusätzlich eine Sitzung durchgeführt.
- Das Parlament traf sich zu einer a.o. Sitzung (3 ¾ Std.)
- Einen Mehraufwand hatte aber insbesondere das Verwaltungspersonal zu leisten, und zwar in sämtlichen Abteilungen. Die Abteilungsleitenden sowie weitere Fachangestellte überprüften, ergänzten und korrigierten das Budget ein weiteres Mal. In der Abteilung Finanzen waren die Angestellten zeitweise gleichzeitig mit dem Jahresabschluss 2009, der Überarbeitung des Voranschlags 2010 sowie den Vorbereitungsarbeiten für den Voranschlag 2011 beschäftigt.
- Für die Überarbeitung des Voranschlags 2010 waren folgende Unterlagen neu zu erarbeiten:
 - Finanz- und Investitionsplan 2011 – 2013
 - Voranschlag 2010
 - Parlamentsbotschaft
 - Urnenbotschaft

Allein innerhalb der Verwaltung (ohne Stadtrat und Parlament) betrug der Mehraufwand insgesamt mit Sicherheit mehrere Arbeitstage, mit anderen Worten, zwischen ein und zwei Wochen.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Eine weitere Frage wurde von der Parlamentsgruppe Frasnacht, Rosmarie Wenk, CVP/EVP, Ekin Yilmaz SP und Gewerkschaften, Remo Bass CVP/EVP, Andreas Brüschiweiler und Konrad Brühwiler, SVP betreffend „ÖV in Sachen Bus-Angebotskonzept für Frasnacht“ eingereicht.

Remo Bass, CVP/EVP:

Gestützt auf Art. 48 des Geschäftsreglements ersuchen wir im Rahmen der Fragerunde der Sitzung vom 29. Juni 2010 um die Beantwortung der folgenden Fragen:

Am 25./26. August 2009 fanden für die Ortsteile von Stachen und Frasnacht von der Stadt Arbon organisierte Veranstaltungen zum Öffentlichen Verkehr (ÖV) statt.

Vor allem der Mitwirkungsanlass in Frasnacht war sehr gut besucht und sehr aufschlussreich gestaltet. Dabei nahm die Stadtbehörde die verschiedenen Anliegen und Bedürfnisse in Sachen Bus-Angebotskonzept entgegen. Es wurde ein Zwischenbericht erstellt und eine Nachfolgeveranstaltung wurde auf Ende Frühling anfangs Sommer 2010 versprochen.

Frage 1

Was sind die Gründe, dass die Nachfolgeveranstaltung noch nicht stattgefunden hat, bzw. wann findet diese zweite Veranstaltung statt?

Frage 2

Welche von den Teilnehmern aus Frasnacht eingebrachten Anliegen und Bedürfnisse zur Fahrplanänderung/-verbesserung wurden vom Stadtrat aufgenommen und dem Kantonalen Amt für Verkehr weitergeleitet?

Frage 3

Welche Änderungen, den Ortsteil Frasnacht betreffend, werden auf den Fahrplanwechsel vom 12. Dez. 2010 wirksam werden?

Frage 4

Wie weit sind die Anliegen der Teilnehmer aus Frasnacht gediehen, einzelne Schnellbusse Arbon – St. Gallen und retour via Autobahnzubringer Frasnacht/Wiedehorn zu leiten?

Stadtammann Martin Klöti: Zu Frage 1: Alle Verbesserungen in Frasnacht tangieren bestehende regionale Buslinien (respektive bestehende Konzessionen zwischen Kanton und der AOT). Egal ob ein Ortsbus nach Frasnacht eingeführt wird oder eine Verbesserung über die regionalen Buslinien sichergestellt werden soll, müssen alle Veränderungen mit dem Amt für Öffentlichen Verkehr des Kantons Thurgau koordiniert werden. Die Veranstaltung findet am 28. September 2010 in Frasnacht statt. Die Einladung zu dieser Veranstaltung erfolgt noch vor den Sommerferien 2010.

Frage 2: Folgende Anliegen werden in Abstimmung mit dem Amt für ÖV intensiv geprüft:

- Anliegen der Schülerinnen und Schüler beachten.
- Gute Verbindungen nach Arbon und Romanshorn.
- Verbindungsqualität zwischen Frasnacht und St. Gallen.
- Kurze Fahrzeit ist wichtiger als umsteigefreie Verbindung.
- In Frasnacht soll möglichst der gleiche Takt gelten wie in Arbon.
- Arbeitsplätze in Frasnacht und Steineloh beachten.
- Ruf-Sammeltaxi in den Randstunden beibehalten

Frage 3: Das wären die Änderungen zum Fahrplanwechsel am 12.12.2010, Es gibt keine Änderungen. Alle Anliegen sind in intensiver Arbeit aufeinander abzustimmen, weshalb keine einzelnen Anliegen auf den Fahrplanwechsel eingeführt werden können und vom Kanton auch nicht wollen. Die Einführung der koordinierten Verbesserung des ÖV-Angebots für das gesamte Stadtgebiet Arbon inkl. der Ortsteile Stachen und Frasnacht ist auf den Fahrplanwechsel 2013 vorgesehen.

Frage 4: Bereits heute besteht eine Verbindung zwischen Frasnacht und St. Gallen: Der AOT-Bus 941 garantiert am Bahnhof Egnach-Neukirch Anschluss an die Bahn nach St. Gallen. Dabei beträgt die Fahrzeit je nach Fahrrichtung 29 oder 37 Min. und ist damit schneller oder gleich schnell wie die Busverbindungen von Arbon nach St. Gallen (33 oder 39 Min.). Ein direkter Schnellbus von Frasnacht nach St. Gallen weist eine zu geringe Nachfrage (Fahrgäste) auf, ist aufgrund der Fahrzeit nicht erforderlich und kann nicht wirtschaftlich betrieben werden. Das Angebot in den Abendstunden zwischen Frasnacht und St. Gallen wird noch überprüft.

Präsidentin Claudia Zürcher-Hägler: Die dritte Frage wurde von Alexandra Keel, CVP/EVP-Fraktion eingereicht betreffend: „Mehrkosten Spielplatz Brühlstrasse“

Alexandra Keel, CVPEVP: Nach dem Artikel zum Umbau des Spielplatzes an der äusseren Brühlstrasse im Tagblatt vom 25. Juni 2010 gab es einige Fragen von besorgten Bewohnern aus Arbon an Parlamentarier. Im Artikel durfte man erfahren, dass die Stadt nach Reaktionen aus der Nachbarschaft des Spielplatzes betreffend Lärmstörungen und unpassendem Sozialverhalten der Benutzer eine Mediation einberief. Dies kostete 10'000 Fr. und war nicht nur wegen der Störungen der Bürger, sondern auch wegen eines versäumten Bewilligungsverfahrens der Stadt notwendig.

Leider gibt es bis heute keine Auskunft über die Umbaukosten.

Nun meine Fragen:

1. Können Sie uns mittlerweile informieren, was der Umbau kosten wird?
2. Warum ist ein so grosser Eingriff nötig?
3. Aus welchem „Kässeli“ wurden die Fr. 10'000.— für die Bezahlung der Mediation mit den Anwohnern bezogen?

Stadtrat Reto Stäheli: Zur Frage 1: Der Umbau wird sich auf ca. Fr. 15'000.— belaufen, wird aus dem Unterhalt Spielplätze in der Rechnung niedergeschrieben.

Frage 2: Mit der angeblichen Lärmelästigung einiger Spielgeräte gab es einen Nachbarschaftskonflikt. Dieser konnte nun mittels einer Mediationseinigung gelöst werden.

Frage 3: Die Mediation wird aus dem Konto Grünplanung finanziert.

10. Verschiedenes

- Informationen aus dem Stadtrat

Stadtammann Martin Klöti: Ich komme mit zwei kleinen kurzen Nachrichten, die eine haben sie bereits von Vizestadtammann Patrick Hug gehört, wir sind mit dem Steuerertrag gut auf Kurs. Die Talsohle scheint tatsächlich durchschritten zu sein.

Zweite Information, es ist ein kurzer Zwischenbericht zum Einsatz der Task Force Bau.

Die vom Stadtrat eingesetzte Task Force Bau sorgt seit Mitte Mai dafür, dass die Tagesgeschäfte der Abteilung Bau weiter geführt werden können und dass die laufenden Projekte die nötige administrative Unterstützung erhalten.

Sie ist täglich in der Abteilung Bau vor Ort am Werk, unterstützt neue Mitarbeitende während der Einführungsphase in ihren Aufgaben und gewährleistet in ihren wöchentlichen Ressortsitzungen den Austausch von Informationen und die Überweisung der Anträge an den Stadtrat.

In den rund sieben Wochen hat sich die Arbeitssituation in der Abteilung Bau entspannt und stabilisiert. Neben den Tagesgeschäften besteht noch ein Nachholbedarf in Sachen Abläufe, Ablage und generell in der Strukturierung der Arbeitsprozesse.

All dies wird Schritt für Schritt angegangen. Die Task Force Bau geht davon aus, dass während der Sommermonate weitere wesentliche Schritte zur Stabilisierung der Aufgabenerfüllung in der Abteilung Bau möglich sind. Sie möchte an dieser Stelle den Mitarbeitenden einen grossen Dank für die motivierte, engagierte und kompetente Zusammenarbeit aussprechen.

Gemeinsam wird es uns gelingen, das Schiff wieder auf Kurs zu bringen.

Weitere Wortmeldung unter Verschiedenes:

Erica Willi-Castelberg, SP und Gewerkschaften: Ich kehre nochmals ganz zum Anfang zurück. Andrea Vonlanthen tadelte bei seinem Bericht aus der EBK die Abteilung Soziales, sie habe einem Einbürgerungswilligen geholfen, den Rekurs gegen den Entscheidung der Einbürgerungskommission zu schreiben.

Ich frage mich, was es da zu tadeln gibt, wenn eine Amtsstelle ihre Pflicht tut, hier nämlich eine Hilfestellung in rechtlichen Fragen an einen Klienten. Unbesehen der Person und selbstverständlich ohne zu wissen, ob sie Recht bekommen wird. Wir leben in einem Rechtsstaat, Gottlob. Das heisst,

hier darf jemandem sogar öffentlich geholfen werden, die Rechtsmittel, die ihm zustehen, zu gebrauchen. Ich danke an dieser Stelle dem Leiter des Sozialamtes, der Sozialen Dienste für seine sehr engagierte und kompetente Arbeit.

Remo Bass, CVP/EVP: Ich möchte nur ganz schnell etwas ganz Besonderes sagen. Ich möchte dem Markus Olbrecht vom Bauamt herzlich danken. Gestern waren wir am Seeufer, an der Aufschüttung, und da war soviel Abfall da am Morgen und es war ein Kindergarten dort. Ich habe ihn gebeten so schnell wie möglich den Unrat zu entsorgen und siehe da, eine viertel Stunde später waren die Leute da. Danke vielmals an das Bauamt.

Elisabeth Tobler, SVP: Ich danke Martin Klöti für die ganz minutiöse Beantwortung der Frage von Werner Keller, was die Kosten anbelangt für die zweite Budgetabstimmung, welche Kosten sie verursacht hat.

Ich möchte auch danken für die Ausführungen, die Kosten des Spielplatzes, möchte aber auch darauf hinweisen, dass da widerrechtlich gerodet wurde, dass vom Kanton verwarnzt wurde, dass eine Mediation verlangt wurde, dass eine erneute Pflanzung der gerodeten Bäume ebenfalls verlangt wurde, dass das Bauamt interne Verrechnung leisten wird und darüber hätte ich eigentlich sehr gerne eine ebenso minutiöse Beantwortung der Frage von Alexandra Keel erwartet.

Präsidentin Claudia Zürcher: An der heutigen Sitzung haben zwei Motionen zirkuliert.

Die Motion von Roland Schöni, SVP betreffend „Verkehrs- und Parkplatzkonzept rund um das Schwimmbad Arbon“ ist mit 25 Unterschriften versehen worden.

Die Motion von Max Gimmel, FDP/DKL betreffend „Schaffung eines Projektinformations- und Überwachungssystems für die Stadtentwicklung von Arbon“ ist mit 26 Unterschriften versehen worden.

Diese zwei Motionen werden dem Stadtrat weitergeleitet.

Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder, Stadtratsmitglieder und Vertreter der Medien. Wir sind am Ende dieser Sitzung angekommen und ich danke Ihnen allen für die aktive Mitarbeit und das Interesse.

Ich wünsche uns allen eine entspannte Sommerzeit mit noch vielen solchen schönen und sonnigen Tagen, jedoch frei von abendlichen Verpflichtungen.

Am Dienstag, 14 September 2010 findet unsere nächste, die 23. Parlamentssitzung statt.

Schluss der Sitzung: 22.35 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Die Parlamentspräsidentin:

Claudia Zürcher-Hägler

Die Parlamentssekretärin:

Evelyne Jung